

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementopreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mf. für einen Monat 6.— Mf. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — Postkonto-Nr. 63477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 geblattete Kolonialzeile oder deren Raum 1.00 Mf., bei Plakatvorlage 2.30 Mf. Familienanzeigen die 7 geblattete Zeile 1.70 Mf. Klammer-Kolonialzeile 7.50 Mf. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger Zwischenhäuser und alle Postanstalten entgegen.

## Drohender Generalstreik in Köslin.

### Gegen einen Kapp-Bürgermeister.

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Stettin wird gemeldet: In Köslin ist ein Konflikt zwischen Bürgern und Arbeitern ausgebrochen. Der Grund dazu ist der Wiedereintritt des Bürgermeisters Most in sein Amt, der seinerzeit nach dem Kapp-Putsch auf seinen eigenen Antrag vom Dienst verlaubt wurde. Das Disziplinarverfahren endete mit der Freiprechung des Bürgermeisters. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft droht nunmehr mit dem Generalstreik, doch hat die gestern abgehaltene Versammlung der Betriebsräte vorläufig beschlossen, erst an den Regierungspräsidenten eine Reihe von Forderungen zu stellen. Die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder sind heute zum Protest gegen den Wiedereintritt des Bürgermeisters in passive Ressiten eingetreten und erklären, mit dem Bürgermeister nicht zusammen arbeiten zu wollen. Die Abstimmung zu dem Generalstreik der Arbeiterschaft von Köslin findet am Sonntag statt. Für diesen Fall drohen die Bürger mit einem Bürgerstreik.

## Sturmszenen und Misstrauensvoten im mecklenburgischen Landtag.

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im mecklenburgischen Landtag kam es auch gestern zu lärmenden Auseinandissen, die zunächst darauf zurückzuführen waren, daß angeblich auch diesmal wieder bewaffnete Ordnungspolizei das Haus besicht haben sollte. Es stellte sich jedoch heraus, nachdem eine Beratung des Altersausschusses anberaumt worden war, daß dies nicht der Fall war. Bei der Beratung einer sozialdemokratischen Interpellation, die gegen das freisprechende Urteil im Prozeß gegen die Zeitfreiwilligen Thormann und Genossen wegen Beihilfe an der Erhöhung eines Arbeiters (während der Kapptage) protestierte, kam es häufig zu anhaltenden tumulten. Zum Schluß der Beratung wurde durch die Mehrheit, Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, ein Misstrauensvotum gegen den Finanzminister Schmidt beschlossen. Das Gesamtministerium nahm zu dem Ausgang der Abstimmung bisher noch keine Stellung. Wie wir weiter hören, ist an dem heute vormittag zur Beratung stehenden Bericht über die Untersuchung des Flussschules in Sachsen erneut ein Misstrauensvotum gegen die gesamte Regierung zu erwarten.

## Das bayrische Regierungsblatt regt zu illegaler Bewaffnung an.

München, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die bayrische Staatszeitung nimmt heute in einem offensichtlich offiziösen Artikel zur Einwohnerwehr Stellung und zeigt darin den militärischen und monarchistischen Charakter dieser Verbände. Für den Fall, daß die Entente auf die Entwaffnung besteht, wird die illegale Bewaffnung angekündigt. Es heißt in dem Artikel wörtlich: „Die Furchtsamen werden ihre Waffen vielleicht abliefern, die anderen werden sie behalten, und mit dem Zwinge, sie zu verbrennen, wird der Staat gegen diejenigen kommen und wachsen, die die Einwohnerwehren in den Staub getreten haben.“

## Die Ehrhard-Soldner in Maskerade.

München, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Seit einigen Wochen ist eine Abteilung der Ehrhard-Brigade mit Offizieren auf dem Marktwald im Kreise Schwaben eingetroffen und wird dort angeblich, wie in Oberbayern, als Holzarbeiter zum Starkholzpreisen verwendet.

## Die Entwaffnungsfrage.

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Brüssel wird vom 11. Januar gemeldet: Die Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen über die Entwaffnung Deutschlands machen keinen Fortschritt. Wie schwierig sie sind, beweist die dauernde Anwesenheit Abernons in London. Ein Hinweis bestätigt augenscheinlich darüber, daß die Freiwilligenformationen in Banan unter allen Umständen aufzulösen sind. Dagegen bildet die Auflösung der ostpreußischen Wehren noch immer Gegenstand lebhaften Meinungsaustausches zwischen England und Frankreich. England zieht das deutsche Argument, daß die Bedrohung eines russischen Angriffes besteht, in Betracht. Frankreich sieht es nicht gelten. Es besteht die Möglichkeit, daß ein grundlegendes Austausch darüber auf der Konferenz der Premierminister stattfinden muß.

## Pöhner gegen republikanische Feiern.

München, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Polizeipräsident Pöhner hat ohne Begründung die Reichsgründungsfeier des republikanischen Schuhbundes verboten, die am Sonntag auf dem Königsplatz stattfinden sollte und zu der die Staatsregierung eingeladen war. Die Feier des reaktionären Bürgerblocks, die im monarchistischen Geiste des Barbarossa-Gedankens vor sich gehen soll, wurde natürlich genehmigt. Die Feier des republikanischen Schuhbundes war auf dem gleichen Königsplatz geplant, aus dem im vorigen Jahre die Einwohner beim Landesschützen ihre Gewehre zum Trenschuh erhoben. Bewaffnete monarchistische Demonstrationen sind Herrn Pöhner eben angenehmer als republikanische Feiern.

Die bayrische Reaktion geniert sich nicht. Warum auch?

## Der berusene Führer der internationalen Reaktion.

### Ein Angebot Ludendorffs an die Entente.

Der Berliner Korrespondent des Pariser Matin behauptet, daß der englischen und der französischen Regierung ein langes Memorandum Ludendorffs über die bolschewistische Gefahr zugegangen sei. Ludendorff führt aus, daß der Bolschewismus nur durch eine militärische Aktion vernichtet werden könne, die Europa früher oder später unternehmen müsse, wobei die Mitwirkung Deutschlands notwendig sein werde.

Nachdem der Reaktionsgeneral den Kapp-Putsch nicht zum Erfolg führen konnte, möchte er nun die Reaktion international zusammen zum Feldzug gegen die Sowjetrepublik. Er schreibt vor einer Anhängerin an die Entente nicht zurück. Deutschnationale „Würde“!

## Amerika zieht sich von der Entente zurück.

Paris, 11. Januar. Wie der Matin meldet, hat der amerikanische Botschafter Wallace gestern abend dem Ministerpräsidenten Venizelos mitgeteilt, daß er von nun ab nicht mehr an den Sitzungen des Botschafterrats teilnehmen werde; er hat auch erklärt, daß die amerikanische Regierung bei der Sitzung des Obersten Rates am 12. Januar sich nicht vertreten lassen werde.

Nach einer Radio-Meldung aus Washington werden die Vereinigten Staaten jedoch fortfahren, sich im Reparationsauschuh und in der Rheinland-Konferenz vertreten zu lassen.

## Verhandlungen wegen der Amnestierung der ungarischen Volkskommissare.

Ein Telegramm der Roten Fahne aus Moskau meldet: Die Verhandlungen der ungarischen Regierung mit den Vertretern Sowjetrusslands wegen der Amnestierung der verurteilten Volkskommissare beginnen in der nächsten Woche in Revai. Die ungarische Kommunistische Partei stellte an die Räteregierung das Erfordernis, auch die Frage der übrigen politisch Verurteilten und der Internierten aufzuwerfen.

## Die Erfurter Waffenschiebungen.

Wie aus Erfurt gemeldet wird, zieht die Erfurter Waffenschiebungssache weiter Kreise. Es sind mehrere weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich der Lagerhalter Wenzel von der hiesigen Treuhandgesellschaft. Es ist festgestellt, daß die Waffenteile aus Beständen der Reichstreuhandgesellschaft stammen.

## Die argentinischen Sozialisten gegen Moskau.

Buenos Aires, 12. Januar. (TU) Der Kongress der argentinischen Sozialistischen Partei hat mit 5015 gegen 3658 Stimmen den Anschluß an die dritte Internationale abgelehnt.

## Erfolge der aufständischen ukrainischen Bauern.

Paris, 11. Januar. Aus Helsingfors meldet die Agentur Ruzion neue Erfolge der aufständischen Bauern westlich und nordwestlich von Kiew. Nach Vernichtung der roten Garnison von Mafarow seien die Aufständischen nach Norden abgezogen, hätten die Bahnhöfe Kiew—Borodanka abgeschnitten und seien auf Bostomi, nordwestlich Kiew, marschiert. Zahlreiche Bauern hätten sich auf diesem Wege mit den Aufständischen vereinigt, die im Besitz der Artillerie und der Maschinengewehre seien, die von den deutschen Truppen seinerzeit zwangsweise abgelassen und seit 1918 von den Bauern versteckt worden seien. Die Zahl der Aufständischen werde auf 28.000 geschätzt.

## Ermordung kommunistischer Führer in der Ukraine.

Helsingfors, 11. Januar. (OE) Die Petersburger Presse veröffentlicht den Text eines Erlasses des Vorsitzenden des Rates der ukrainischen Volkskommissare, Rakowski, der aufs neu schärfste Strafmaßnahmen gegen die ukrainischen Aufständischen und Zwangsmahregeln gegen die Bevölkerung anordnet. Als Anlaß dazu wird erwähnt, daß kürzlich in der Ukraine ein Überfall zweier Machno-Abteilungen auf den Stab der Petersburger Roten Offiziers-Kurse stattgefunden habe. In der Nacht seien die Führer, 15 hervorragende Kommunisten, ermordet worden.

## Die englisch-irischen Verhandlungen gescheitert?

Paris, 10. Januar. Wie die Pariser Ausgabe der Daily Mail meldet, sind die Friedensverhandlungen zwischen der Sinnfeiner-Partei und den Vertretern des britischen Kabinetts infolge der Haltung der irischen Unterhändler, die das Home Rule-Gesetz nicht anerkennen wollen, gescheitert. Die Vertreter des britischen Kabinetts sind der Ansicht, daß jede weitere Unterhandlung die Anerkennung des Home Rule-Gesetzes durch die Sinnfeiner zur Voraussetzung haben müsse. — Wie der Daily Telegraph mitteilt, ist das Mitglied des Parlaments, der Sinnfeiner Joseph O'Duberty, in London verhaftet worden.

## Einige Bemerkungen über die Lage in Spanien.

Von Gabra Ribas.

Nachdruck verboten.

Obwohl Spanien infolge des Bestehens einer Verfassung als streng konstitutionell gilt ist es dies in Wirklichkeit nicht. Mit Ausnahme eines seltenen Falles gab es in diesem Lande niemals konstitutionelle Regierungen. Die Regierungen dieser Nation verbanden ihr Tun dem Willen des Königs, den Hofkamarillas oder den Führern und Offizieren des Heeres.

Und das ist noch heute so obwohl wir uns im 20. Jahrhundert befinden, und nachdem in Europa viele Kronen beseitigt wurden und sozialistische Regierungen bestehen.

Wenn es hier in aller Ländern eine Einigung ist, daß die Parlamente den Willen der Bewohner des Landes getrennt ausdrücken, so gilt dies für Spanien in weit höherem Grade. Hier ist das Parlament immer so, wie es die einberufende Regierung wünscht, denn diese sorgt nicht nur mit Mitteln aller Art dafür, daß eine Mehrheit zu sichern, sondern erweitert ihren Einfluß auch darauf, daß die Oppositionsgruppen nur die ihr genehme Zahl von Vertretern im Parlament erhalten. Hierüber sind die republikanischen Parteien wie die sozialistische Partei gleich empört.

Es ist natürlich, daß in Spanien ein auf diese Weise gebildetes Parlament nur in kurzen Zeiträumen tagt und daß seine Lebensdauer in den meisten Fällen nur eine kurze ist. Seit dem Bestehen der gegenwärtigen Konstitution (sie wurde 1876 ausgearbeitet) hat nur ein Parlament die normale Lebensdauer (fünf Jahre) erlebt. In dem Zeitraum vom Jahre 1910 bis 1920 wurden in Spanien fünf Parlamente gewählt.

Ein anderes Zeichen für die hier herrschende Mißachtung der Verfassung ist, daß die individuellen Rechte von den spanischen Regierungen, seien sie konservativ oder liberal, wenig geachtet werden. Deshalb kommt es häufig vor, daß der diese Rechte betreffende Teil der Verfassung aufgehoben wird. Um diese Unterdrückung in die Wirklichkeit umzusetzen, bedarf es für die Regierenden in Spanien keiner schwerwiegenden Gründe. Hierzu genügen ihnen einige wenige Arbeitsinstellungen von einiger Bedeutung, oder eine Arbeiterbewegung von gewissem Umfang. Obgleich Spanien nicht an dem furchterlichen Kampfe teilnahm, der so viele Millionen Menschenleben kostete, genügte er den Regierungen dieses Landes als Vorwand, um die verfassungsmäßigen Garantien aufzuheben. Diese wurden zwar bald nach Beendigung des Krieges wieder hergestellt, aber wir haben sie nur kurze Zeit genossen, denn vor etwa zwei Jahren wurden sie wieder aufgehoben und blieben es seit dieser Zeit bis heute. Der Grund für die Aufhebung ist die Bewegung, die hauptsächlich durch die Teuerung der Lebensmittel hervorgerufen wurde, eine Bewegung, die an fast allen Plätzen die gleiche war, und die in einigen Hauptstädten bedrohliche Formen zum Schaden der Regierenden annahm.

Auch wenn in Spanien die Verfassung maßgebend ist (dem Namen nach wie gesagt), so verleben doch die Behörden und ihre Agenten sehr oft ihre Bestimmungen. Gar nicht zu reden davon, was diese tun, sobald die konstitutionellen Garantien aufgehoben sind. Dann werden plötzlich Gewalttaten und Unterdrückungen begangen, und die Opfer dieser Bedrückungen und Gewalttätigkeiten sind nicht Bürger, sondern fast ausschließlich Arbeiter.

Nach dem Gesagten wird es niemanden überraschen, daß es in Spanien keine wirklichen politischen Parteien gibt, sondern nur oligarchische Vereinigungen mit dem einzigen Ziel, zur Macht zu gelangen. Mit Ausnahme der heute durch persönlichen Ehrgeiz und durch Ungehorsamkeit gespaltenen Republikanischen Partei und der Sozialistischen Partei, die, wenn sie auch nicht sehr zahlreich ist, unaufhörlich Kräfte gewinnt, und eine gute Organisation besitzt, verdienen die übrigen politischen Elemente nicht den Namen von Parteien, obwohl sie sich so nennen.

Die Konservativen sind geteilt in drei Gruppen: eine unter Führung von Dato, die zweite geleitet von Maura und die dritte, besiegelt von Ciera. Die beiden letzten Politiker waren es, die 1909 auf Grund des Protests, den das Abenteuer von Maroko hier hervorrief, eine barbarische Verfolgung gegen die Arbeiter verwirklichten, die ihren Höhepunkt in dem Schicksal von verschiedenen Genossen und besonders von Ferrer erreichte, dem man fälschlicherweise die Führung jener Protestbewegung zuschrieb.

Wie das konservative Lager in drei, so ist das liberale Lager in vier Gruppen geteilt. Der Graf von No manone ist der Führer einer von diesen, Garcia Prieto einer andern; Santiago Alba führt die dritte, und Melquiades Alvarez ist das Haupt der vierten, die sich reformistisch nennt. Diese letzte Gruppe ist aus der republikanischen Partei hervorgegangen und behauptet, um ihren politischen Verlust zu verdecken, daß sie die Monarchie demokratisieren will. Die spanische Monarchie ist gerade die richtigste zum Demokratisieren!

Im Grunde kann man versichern sein, daß es keinen Unter-

schied zwischen Konservativen und Liberalen gibt; in der Ausübung der Gewalt wie in bezug auf die Mittel, um an die Regierung zu kommen, die fast durchweg schlimmster Art sind, gilt für sie das gleiche. Weder Konservative noch Liberales haben die geringste Macht vor dem Parlament und den bürgerlichen Freiheiten. Es ist überflüssig zu erwähnen, daß, wenn die einen oder die anderen an die Macht kamen, sie, wenn auch nicht offenkundig, die Interessen des Kapitalismus vertraten und verteidigten, in dessen Dienst sie direkt stehen, sobald sie nicht zur Regierung gehörten.

Wenn auch die konservativen und liberalen Vereinigungen sich Monarchisten nennen, so hat ihr Monarchismus doch nichts Echtes. Man muß die Liberalen und die Konservativen hören, wenn der König sie der Macht vertraut. Die Antimonarchisten können ihn nicht schlechter behandeln. Aber auch wenn sie an der Macht sind, sprechen sie schlecht von Alfons XIII. Zum Beispiel fragte ein sich im Vorzimmer des Königs befindlicher, jetzt schon verstorbenen Ministerpräsident den Vertreter von Portugal, der gerade mit dem König gesprochen hatte, welchen Einfluß dieser ihm gemacht habe. „Einen sehr guten“, sagte der Diplomat. „Ach was“, erwiderte der Ministerpräsident. „Ich werde Ihnen sagen, was das für einer ist.“

Ich will hinzufügen, daß Alfons XIII., dieser liebe seiner hervorragenden Parteiführer völlig entspricht; er zeigt keinen großen Elter für die Konstitution, die er repräsentiert, nachdem er mehrmals seinen Willen unter die Zwangsforderungen der Offiziere und Führer des Heeres beugen mußte.

Um zu zeigen, welches die wirkliche Stimmung in Spanien angesichts der schweren und verzweifelten Umstände waren, die der große Krieg bei allen Nationen geschaffen hat, Verhältnisse, die erfordern, daß die Leitung durch begabte und schmeichelnde Regierende ausgelöscht werde, muß festgestellt werden, daß Alfons XIII., die leichte politische Krise dadurch gelöst hat, daß er die Regierung verloren hat, das heißt dem am meisten mit der Plutokratie verbundenen Führer der Konservativen übertrug. Aber nicht genug damit, gab er kurz darauf denselben Politiker das Recht zur Auflösung des Parlaments, jedoch nicht auf die übliche Weise in einem Staatsrat, sondern auf dem Gute einer der spanischen Adelsfamilien, der dem König zu Ehren dort ein Fest gab.

Obgleich dies ungewöhnliche Vorgehen Alfons XIII., einige Überraschung hervorrief, hat er immer noch festen Boden unter den Füßen. In erster Linie sind seine Neigungen reaktionär; bei der Wahl der Regierung stellt er seine Interessen vor die des Landes; dann führt er sich sehr hingezogen zu den Millionären, mit denen er Beziehungen unterhält, die die Grenze der Freundschaft überschreiten und schon in die von Geschäften übergehen.

Deshalb regiert in Spanien in diesem Augenblick einer der reaktionären und zu Gefälligkeiten an die Plutokratie am meisten geneigten Männer. Seine reaktionäre Gesinnung treibt ihn dazu, die organisierten Arbeiter und die sozialistische Partei auf das bösartige zu verfolgen. — In Madrid hat er eine Zensur für das Organ der Arbeiterpartei El Socialista und durch diese für die Confederación General del Trabajo, einer syndikalistischen Organisation, die sich unter dem Einfluß von rassistischen Elementen steht, eingerichtet. Die Gesinnungen sind mit Proletariern gefüllt, und unter den grausamsten Bedingungen werden Arbeiter, die nichts Verbrechliches begangen haben, deportiert. Dass Gesäßigkeit gegen die Plutokratie hat ihn nichts geringeres tun lassen, als den Banken von Katalonien, die infolge von Spekulationen vor dem Bankrott standen, die Bank von Spanien zu Hilfe zu schicken, und ihr das von Staats wegen einen Wechsel anzubieten. Weiter erhöhte er die Zölle auf Baumwoll- und Wollgewebe, damit die Fabrikanten des Staates weiter diese Produkte zu dem gleichen oder zu erhöhten Preisen verkaufen könnten, als sie im Kriege erhielten, und er schickte sich an, vor den Augen des neuen Parlaments die Erhöhung der Eisenbahntarife (25 Prozent) durchzubringen, die die Verkürzung der Lebenshaltung außerordentlich verschärfst.

Da die Interessen des Landes, wie berichtet, in den Händen einer oligarchischen Gesellschaft sind, die die jetzige Regierung mehr oder weniger beherrscht hat, werden die folgenden fünf Tatsachen niemanden mehr wundern: daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung Spaniens aus Analphabeten besteht; daß zwei Drittel des Landes unbewohnt sind; daß es nur 15 000 Kilometer Eisenbahnen gibt, daß trotz eines Mehrbedarfs von 15 000 Kilometern seit vielen Jahren nicht ein Kilometer gebaut wurde; daß es Hunderte von Dörfern ohne eine Landstraße gibt; daß, obwohl die Schiffsbesitzer, die Minenbesitzer, die Webereibesitzer, die Mühlensbesitzer, die Fabrikanten und andern Spekulanten durch den Krieg Gewinne von 6000 bis 8000 Millionen Pesetas gemacht haben, weder der Staat diesen die geringsten Steuern für ihre Gewinne auflegt hat, noch diese selbst neue Industrien über die schon bestehenden hinaus geschaffen haben, daß die Hauptnahrungsmittele fortgeschritten den hohen Preis oder einen noch höheren haben, als sie schon vor dem Weltkrieg hatten; daß das Spiel in den großen Städten ungeheure Proportionen angenommen hat und besonders die Jugend verdorbt; daß wir uns im Beginn einer furchtbaren Arbeitskrise befinden, deren Ursprung hauptsächlich in der blinden Habgier und Schändlichkeit unserer Bourgeoisie liegt; daß unter Geld, das vor Beendigung des Krieges höher als alles andere stand, schon sehr niedrig steht im Vergleich zu dem amerikanischen, englischen und schweizerischen; daß die Auswanderung der Arbeiter, die auch während des blutigen Kampfes nicht aufhörte, einen ungeheuren Umfang angenommen hat und fast alle Landstriche betrifft; daß die Landwirtschaft und die Industrie, trotz der durch Maschinen erlangten großen Verbesserungen kaum den geringsten Aufschwung zeigen; daß das in Marokko 1909 unternommene Abenteuer jedes Jahr mehrere Millionen kostet und das Opfer von vielen Leben fordert; daß von 1910 bis heute die Ausgaben des Kriegsministeriums sich von 216 352 648 auf 475 708 797 Pesetas erhöht haben, und zwar die Ausgaben in Marokko nicht mit einzählen; und schließlich, daß die letzten Vorschläge des Staates ein wirklich vorhandenes Defizit von 1000 Millionen Pesetas aufweisen.

Wer wird dem allen abhelfen können? Es ist nicht anzunehmen, daß es die bürgerlichen Elemente sind, da diese gerade, sowohl diejenigen von ihnen, die Geschäftsfächer machen, wie die, welche Politik treiben, die Urheber aller der aufgezählten Schäden sind. Die einzige Hoffnung des Landes sind die organisierten Arbeiter, die, wenn sie auch noch nicht mit der Erfüllung erforderlichen Maße rechnen können, doch ein lebendiges Gefühl und mehr Interesse für alles, was das Land angeht, zeigen. Aber eine energische und erfolgreiche Unternehmung des Proletariats muss noch einige Zeit warten; außerdem ist es möglich, daß sie nicht aus-

reichen wird, ohne daß sich vorher blutige Zusammensetze ereignen, hervorgerufen durch die Verfolgungen und die brutalen Unterdrückungen durch die korrupten Regierungen, die wir hier haben. Die organisierten Arbeiterkräfte in Spanien sind die folgenden: Die Sozialistische Partei, der allgemeine Arbeitsbund (Confederación General del Trabajo) und die Allgemeine Arbeitervereinigung (Unión General de Trabajadores). Diese hat ein Programm, das sich kaum von dem der sozialistischen Partei unterscheidet; sie führt den direkten Kampf gegen die Arbeitgeber; und so wie der Arbeitsbund von Anarchisten beeinflußt wird, so ist die Union von hervorragenden Sozialisten geleitet und hält eine brüderliche Verbindung mit dieser Partei aufrecht.

Ich beschließe diese Zeilen mit einer Bemerkung über die Wahlen. Obgleich man noch nicht mit Genauigkeit das Ergebnis der vor einigen Tagen stattgefundenen Wahlen zu der Kammer kennt, gilt es als sicher, daß die Regierung, weit davon entfernt, eine starke Mehrheit zu erhalten, wie sie erwartet (und um diese zu erreichen hat man nicht gespart mit Hassen, Mißbraüchen und den schamlosen Verdichungen), nicht die Hälfte der Anzahl der Abgeordneten erhalten hat und auch nicht erhalten wird. Also wird es für die Regierung unmöglich sein, zu herrschen, wenn sie nicht mit der Unterstützung einer der oppositionellen Gruppen rechnet. Und das erscheint nicht leicht.

Die sozialistische Partei, die bei den vorigen Wahlen sechs Sitze bekam, hat bei den jetzigen fünf erhalten (2 in Madrid, 2 in Asturien und 1 in Bilbao). Aber man muß, um die gegebenen Resultate richtig zu würdigen, in Rechnung ziehen, daß bei den früheren Wahlen die Sozialisten mit den Republikanern vereinigt waren, und daß sie bei den zehigen Wahlen allein gegangen sind.

Wenn in Spanien die Wahlen mit der relativen Genauigkeit gemacht würden, wie in den andern Ländern, hätten die Sozialisten bei dem letzten Wahlkampf sechs bis acht Sitze mehr erobert.

Aber hier machen nicht ehrenhafte Bürger die Wahlen, sondern eine Sammlung von Schurken, zum Teil solche, die an der Macht sind, zum andern Teil solche, die an die Macht kommen wollen.

## Protest gegen die Amnestierung-Schmach

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung der P. B.) Die Generalversammlung der USPD, Berlin-Stadt nahm gestern zur Amnestierung Vogels einstimmig folgende Resolution an:

Die Generalversammlung der USPD, Berlin-Stadt sieht in der Amnestierung Vogels einen Schlag in das Gesicht des Rechts, geeignet, Deutschland vor der gesamten Welt herabzusezzen. Die Versammlung verlangt die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, da der Prozeß vor dem Kriegsgericht eine Komödie war und die Mörder und ihre Hintermänner dette, statt sie zur vollen Verantwortung zu ziehen. Sie fordern, daß das Verhalten der bürgerlichen Presse, die gegen die Amnestierung eines Mörders keinen Widerstand erhebt und damit vor aller Welt dokumentiert, daß die Klassenjustiz, die nachweisbar jeder Verbrecher schlägt, wenn er Offiziersuniform trägt, den Wünschen der deutschen Bourgeoisie entspricht. Sie verpflichtet sich, alles zu tun, daß dieser Justiz und dieser Bourgeoisie die Maske vom Gesicht gerissen wird und ihre Taten der gesamten Kulturwelt bekannt werden.

### Die „Begründung“ des Amnestiebeschlusses für Vogel.

Aus der famosen Entscheidung der Strafkammer III des Landgerichts Berlin II für den Mörderseuntant Vogel werden die „Gründe“ veröffentlicht. Sie lauten:

Durch das genannte Urteil ist der Oberleutnant a. D. Vogel von der Anklage der Duldung einer strafbaren Handlung aus § 143 des Militärstrafgesetzbuchs sowie von der Anklage des er schwerten Wachtverbrechens im Felde in Tateinhaltung mit rechtswidrigem Waffengebrauch im Dienste und Mord freigesprochen, aber wegen er schwerten Wachtverbrechens im Felde in Tateinhaltung begangen mit Entziehung während Ausübung des Dienstes, mit Mißbrauch der Dienstgewalt nach § 115 des Militärstrafgesetzbuchs und Besitzerschaffung einer Waffe, sowie in einem weiteren Falle wegen vorsätzlich unrechtmäßiger Abfassung einer dienstlichen Meldung zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt worden. Das strafbare Verhalten des Verurteilten besteht nach der Erkenntnis darin, daß er am 15. Januar 1919 unter einer schweren und einen erheblichen Nachteil verursachenden Verleihung seiner Transportführerplichten und zugleich in der Absicht, den Wissenslaggen Runde, wie den unbekannten Täter, der den Wissenslaggen abgeschossen hat, der Bestrafung zu entziehen, zwei Untergeselle, Poppe und Weber, durch Mißbrauch seiner dienstlichen Stellung veranlaßt hat, den Reichstag der Frau Luxemburg durch Hineinwerfen in den Landwehrkanal ohne Vorwissen der Behörden zu bestürzen, und daß er dann über diese Vorgänge eine dienstliche Meldung vorsätzlich falsch erstattet hat. Nach den Feststellungen des Urteils erfolgte am 15. Januar 1919 die Festnahme der Führer der Spartakisten-Partei, Dr. Liebknecht und Frau Rosa Luxemburg ohne amtlichen oder dienstlichen Auftrag durch Mitglieder der Wilmersdorfer Bürgerwehr, weil diese sich mit Absicht auf die damaligen politischen Unruhen und Kämpfe mit den Anhängern der Spartakus-Partei dazu fit berechtigt fühlten. Auf dem Transport vom Ebenhotel, wohin sie ingwilligen gebracht worden war, nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit wurde Frau Luxemburg dann getötet und ihr Leichnam ins Wasser geworfen. In Anbetracht der unruhigen Zeiten waren damals die Gemüter im allgemeinen schon auf höchste erregt, besonders aber bei den Revoltingstruppen, zu welchen der Oberleutnant a. D. Vogel gehörte, harsche gegen die Getötete eine grohe Erbitterung auf Grund der Überzeugung, daß die Getötete gegen die Regierung wirkte und Unruhen veranlaßt hat. Die Tötung der Frau Luxemburg erfolgte in der Absicht, die damals offen gegen die Regierung kämpfenden Spartakisten einer Führerin zu berauben, und war offensichtlich durch die politische Lage ausgelöst. Die Spartaken des Oberleutnants a. D. Vogel schließen sich der Zeit und ihrer Beweggründe nach eng an diese Tötung an. Wenn es sich hierbei besonders aus Absicht darauf, daß Frau Luxemburg bereits festgenommen und mangels war, auch nicht um die eigentliche Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich handelt, so sind die Tötung und mithin auch die ihr nachfolgenden Straftaten nach den Umständen des Falles doch als im Zusammenhang mit einer solchen Abwehr begangen anzusehen, so daß sie nach § 1, Absatz 3 des Reichsgesetzes vom 4. August 1920 als straffrei erscheinen. Die Handlungswweise des Verurteilten läßt zwar eine unerhörte Roheit und Gewissenlosigkeit erkennen, sie hatte aber unter andern gleichzeitig auch den Zweck, die an der Tötung der Frau Luxemburg schuldigen Personen der Bestrafung zu entziehen, so daß sie jedenfalls nicht lediglich auf Roheit, Eigennutz oder sonstigen nicht politischen Beweggründen beruhte. Nach Absatz 4 a. a. D. sind die gegen das Leben gerichteten Verbrechen (§§ 211, 212 und 214 St. G. B.) von der Straffreiheit ausgeschlossen. Von den Straftaten des Oberleutnants a. D. Vogel kommt hier nur die Begünstigung im Sinne des § 257 St. G. B. in Frage. Diese Begünstigung hatte den Zweck, nach der Tötung der Frau Luxemburg die Täter der Bestrafung zu entziehen, was also an sich nicht mehr gegen das Leben einer Person gerichtet. Das Gesetz vom 4. August 1920 gibt keinen Inhalt dafür, wieweit der Kreis der gegen das Leben gerichteten Verbrechen auszudehnen ist. Unbedenklich werden alle eigentlichen Teilnahmehandlungen, wie Anstiftung und Beihilfe,

als einbezogen erscheinen, von einem Umgehen gegen § 257 des Strafgesetzbuchs, das schon durch seine Stellung im System des Strafgesetzbuchs rein äußerlich eine selbständige Bedeutung hat, wird dies in Erwägung von Umständen, die einen gegenteiligen Willen des Gesetzgebers erkennen lassen, nur dann annehmen sein, wenn die Begünstigung vor der Begehung der Straftat, auf welche sie sich bezieht, bereits zugesagt worden ist. Eine solche Feststellung ist aber in dem Urteil nicht getroffen worden."

Es lohnt sich nicht, diese Häufung von juristischen Verrenkungen und Widersprüchen einzeln zu zerstreuen. Es genügt, festzustellen, daß sich diese Entscheidung auf das Urteil der Offizierskameradschaft des Ebenhotels stützt, die sich für die Verhandlung vom Mai 1919 als „Gericht“ konstituiert hatte. Diese Gesinnung genossen der Mörder, diese „Richter“, von denen einer die Flucht des Vogel begünstigt und Helferdieneste bei der Anfertigung gefälschter Ausweispapiere geleistet hat, haben natürlich kein Urteil gesprochen, das rechtlich in Betracht kommt. Durch das Gerichtsamt ihres Junges ist die Grundlage für die Wieder-aufnahme des Verfahrens gegeben, sie muss sofort betrieben werden.

Was es mit der Begünstigung der Amnestierung im einzelnen auf sich hat, zeigt ein Parallelfall, den der Vorwärts zitiert. Er schreibt:

„Vogels Tat wird als ein Ausfluss unerhörter Roheit und Gewissenlosigkeit bezeichnet, dann aber doch zu einer politischen Tat gekempft, weil sie nicht ausschließlich auf Roheit und Gewissenlosigkeit beruht habe. Demgegenüber möchten wir an folgenden Parallelfall erinnern, den ein Genosse unlängst in der Preußischen Landesversammlung vorbrachte: Ein Bergmann aus dem Ruhrgebiet ist vom dortigen Landgericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden, weil er für die Rote Armee in den Kämpfen Polens gestanden hat. Das Gericht erklärte die Amnestie auf ihn für nicht anwendbar, weil der Mann zum Posten stehen sollte, um die Mönche zu erhalten und nicht sofort wieder abgegeben hatte. Daraus folgerte das Gericht, er habe nicht aus politischen Motiven, sondern aus persönlichem Eigennutz gehandelt. Bei Leutnant Vogel genügt also ein ganz schwacher Einschlag (angeblicher) politischer Motive in ein gemeinsames Verbrechen, um das gemeinsame Verbrechen politisch zu machen, bei dem kommunistischen Bergmann dagegen genügt ein ganz schwacher Einschlag von persönlichem Eigennutz, um das rein politische Verbrechen seines politischen Charakters zu entstellen und zu einem gemeinsamen zu machen! Ergebnis: Preußische Richter urteilten gerade entsprechend, je nachdem es sich um einen Kommunisten oder um einen reaktionären Offizier handelt. Wir konstatieren nur die Tatsache, die Gründe mag der Leser erforschen.“

Das ist weiter nicht schwer.

## Die Vorschläge der Reichsregierung ungerechtfertigt.

Das Ergebnis mehrerer Beratungen der Eisenbahnerorganisationen ist die Ablehnung der Regierungsvorschläge; die Meldungen darüber lauten:

Berlin, 12. Januar. (TU.) Nach mehrfacher Beratung nahm der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbands gestern eine Entschließung an, angesehens der anhaltenden Gedienterwerbung die unzureichende Erhöhung der Teuerungsabschläge und deren unfotiale Abschaffung abzuschaffen, sowie die Einheitsfront aufrecht zu erhalten, um geschlossen vorzugehen und die Bewegung einem Erfolg versprechenden Ziele zuzuführen. Der erweiterte Vorstand hat daher den geschäftsführenden Vorstand des Verbandes ersucht, unter Berücksichtigung der angeführten Gründe die Verhandlungen weiter zu führen und gegebenenfalls auch nicht vor dem leichten gewerkschaftlichen Kampfmittel zurückzuschrecken. Die verantwortlichen Verbandsinstanzen, Bezirksleitungen, Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden aufgefordert, sich jedem Teilstreich mit aller Energie zu widersetzen. Entsteht trotzdem ein Teilstreich, so haben sie die Verpflichtung, jede Verantwortung „für abzulehnen. Zum Schluß erklärt der erweiterte Vorstand, durch die Pressehege der Roten Fahne würden die Verhandlungen nur erschwert. Es wurde beschlossen, daß am 12. Januar, vormittags, Verhandlungen des Ober-Ausschusses mit dem Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfinden. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes sagt aus diesem Grunde weiter.

Berlin, 12. Januar. Außer dem Deutschen Eisenbahnerverband haben gestern auch die andern Eisenbahnerorganisationen an dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und Ober-Ausschuß Stellung genommen. Es sind zwar noch keine endgültigen Beschlüsse gefasst worden, jedoch lassen die Beratungen bereits erkennen, daß die Zugeständnisse des Reichsfinanzministeriums als unzureichend abgelehnt werden dürfen. Den übrigen Großorganisationen der Eisenbahner wird eine Ergründungsaktion vorgetragen, die vom Ober-Ausschluß der Reichsregierung gegenübervertreten werden soll und durch die der Not der Beamten und Arbeiter ausreichend abgeholten werden soll.

Berlin, 11. Januar. Das Ergebnis der Urabstimmung der Eisenbahnerbeamten liegt jetzt für die ehemals preußisch-hessischen, länderlichen, oldenburgischen und mecklenburgischen Beamten vor. Danach haben von insgesamt vorhandenen 319732 Beamten nur 73,5 Prozent, nämlich 235 000 Beamte, an der Abstimmung teilgenommen. Für den Streit haben nach Mitteilung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnerbeamten 102 053 Beamte, also 60,3 Prozent der Beamtenschaft, gestimmt.

## Eine deutsche Note über die Zustände in Oberschlesien.

Berlin, 11. Januar. (WTB.) In einer heute der Botschafterkonferenz in Paris übermittelten Note, die gleichzeitig den Regierungen in Paris und Rom übergeben worden ist, legt die deutsche Regierung eingehend die von Tag zu Tag unerträglicher werdenden Zustände dar, wie sie sich seit den Augustaufständen entwickelt haben. Die deutsche Regierung erwartet von den alliierten Regierungen, daß sie kein Mittel unverucht lassen werden, um der Bedrohung das Gefühl der Sicherheit zu geben, ohne das eine freie, geheime und unbefristete Abstimmung unmöglich ist. Die der Note beigefügten Anlagen enthalten eine Auswahl der besonders markanten Gewalttaten der letzten 4 Monate.

Berlin, 12. Januar. In der geistigen Sphäre des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten besteht bei allen Parteien Übereinstimmung darüber, daß die gegenwärtige Lage in Oberschlesien und das fürstlich verordnete Abstimmungsreglement der interalliierten Kommission bald nach Zusammentreffen des Reichstags in der Vollstreckung zum Gegenstand der öffentlichen Aussprache gemacht werden soll.

Ein Bombenanschlag.

Kattowitz, 11. Januar. In Friedensausgabe wurden gestern zwei Dynamitbombe in das Rathaus von Görlitz geworfen. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht eingetreten; doch ist der Schaden sehr groß. 80 Fensterbretter sind zertrümmt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

## Eine französische Beschwerde.

Die französische Botschaft bat im Auftrage der französischen Regierung beim Auswärtigen Amt darüber Beklager gezeigt, daß die städtischen Behörden in Mainz die Zuteilung von Miliz, wie sie an die deutschen Einwohner erfolgt, an die dortige französische Zivilbevölkerung abgelehnt habe, weil die französische Zivilbevölkerung bei den Belästigungen der Belagungsbehörden berücksichtigt werde.

Die französische Regierung, die übrigens bestreitet, daß die französische Zivilbevölkerung durch die Belagungsbehörden Miliz

ebau, erlaubt in der Bevölkerung der städtischen Behörden eine Verlegung des Artikels 277 des Vertrages von Versailles, wonach die Angehörigen der Altküste und Altküsten-Mächte in Deutschland standigen Schutz genießen sollen. Der Schutz von Personen und des unverantwortlichen Kindes umfasst offenbar auch die Sicherung der zum Leben notwendigen Mittel. Die französische Regierung will nun verlangen, daß die Stadt Mainz mit Wehrung versehen werde, damit die dortige französische Zivilbevölkerung von der Stadt in dem gleichen Maße mit Mitteln versorgt werde, wie die deutsche Zivilbevölkerung.

Die Note unterliegt augenscheinlich der Prüfung der beteiligten Regierungsbehörden.

### Um die Entschädigungsfrage.

London, 11. Januar. Der Berliner Korrespondent der Daily News meldet seinem Blatte die wichtigsten von den 41 Punkten, die in dem der deutschen Regierung in Brüssel vorgelegten Fragebogen enthalten sind. Diese beziehen sich u. a. auf die Papiergeldpolitik der deutschen Regierung, die Besteuerung herortsgenauer Privatvermögen, die Ein- und Ausfuhr, Einschließungsverbote, Steuern, Staatszinsnahmen und -ausgaben, die Verwendung der auf Grund des Kohlenabkommen bezahlten Gelder, die Zahl der Staatsangestellten, die Kosten des Belastungssatzes, deutsche Gesetze im Auslande, die Arbeitslosenfrage und ihre Ursachen, die finanzielle Lage der Eisenbahnen und die Kohlensituation in Deutschland.

### 7 Milliarden Mark Kriegsschädigung an Belgien?

Die Rheinagentur meldet aus Brüssel: In gutunterrichteten Kreisen will man wissen, daß die deutsche Regierung ihrem Vertreter in Brüssel Institutionen erteilt habe, Belgien eine Zahlung von 7 Milliarden Mark unter dem Titel einer Kriegsschädigung anzubieten. Diese Zahlung soll noch im Laufe des Januar erfolgen.

### Deutschlands Delegierte in Brüssel.

Die Reichsregierung hat als Delegierte zur Wiederaufmachungskonferenz in Brüssel neben Staatssekretär Bergmann und Reichsbankrätschen Hovenstein Generaldirektor Boegeler und Kommissionsrat Klößner in Vorstand gebracht.

Boegeler ist neben Stinnes der führende Kopf der Siemens-Rhein-Eibe-Schulte-Union, des gewaltigtsten Trusts der deutschen Industrie, Klößner der Besitzer eines der größten Schwerindustriekonzerns — es sind also die schwersten Schwerindustriekonzerne, die die Reichsregierung zur Vertretung der Interessen Deutschlands in Brüssel ausgewählt hat! Es freut uns, daß die Regierung mit dieser Wahl ehrlich und aufrichtig zu erkennen gibt, wo heute das Schwergewicht der wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse Deutschlands liegt.

### Kosten der Besatzungstruppen im Rheinland

London, 10. Januar. Der Berliner Berichterstatter der Daily News will aus amtlichen alliierten Kreisen erfahren haben, daß die Kosten der Erhaltung der verschiedenen alliierten Besatzungstruppen im Rheinland seit dem Waffenstillstande betrugen für das amerikanische Heer 268 474 170 Dollar, für das britische Heer 51 900 880 Pfund, für das französische Heer 2 002 998 000 Frank, für das italienische Heer 15 207 717 Lire und für das belgische Heer 314 940 888 belgische Franc. Außer den in natura erfolgenden Ueberungen im Betrage von vielen Milliarden Mark habe Deutschland in bar bisher folgende Summen bezahlt: für das amerikanische Heer 608 Millionen Mark, für das britische Heer 206 Millionen Mark, für das französische Heer 142 784 000 Pf., für das belgische Heer 48 185 000 Pf. Ein Vergleich zeigt, daß die Unterkosten des amerikanischen Heeres im Verhältnis zu den französischen phantastisch seien. Uebrigens betrügen nach neuester Schätzung amerikanischer Persönlichkeiten die Unterkosten für das amerikanische Heer jetzt 80 000 Dollar oder 6 Millionen Mark täglich.

### Sparkommissar und Reichsregierung.

Berlin, 11. Januar. (T.U.) Der Finanzkommissar Dr. Carl, der als Reichsparkommissar für das Finanzwesen berufen worden war, hat bisher noch keine Gelegenheit gehabt, seine Tätigkeit aufzunehmen. Wie das Berliner Tageblatt von gutunterrichteter Seite hört, hat Reichsparkommissar Carl sein Programm der Reichsregierung bereits vor zwei Monaten zur Entscheidung vorgelegt. Die Entscheidung ist aber bisher immer wieder hinausgeschoben worden. Durch das Drängen der Öffentlichkeit ist die Reichsregierung veranlaßt worden, nun wenigstens zu erklären, daß die Entscheidung über sein Programm in der nächsten Zeit erfolgen soll.

Ausgehend vermag selbst die Reichsregierung den Plänen des Finanzdictators, über die seinerzeit allerdings recht bedeutsame Mitteilungen gemacht wurden, nicht ohne weiteres zuzustimmen.

### Das Ergebnis der Entwaffnungsaktion.

Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung ist das Ergebnis der freiwillig abgelieferten, angekauften, beschlagnahmten und angemeldeten Waffen nach dem Stande vom 10. Januar: 932 Gewehre, Minenwerfer, Flammenwerfer, 18087 Maschinengewehre, 1680 Maschinengewehre, 2 201 584 Gewehre und Karabiner, 78 323 Revolver und Pistolen, 85 816 Handgranaten, 3558 Gelbsättel, 246 857 Maschinengewehre, 812 905 Gewehrteile, 16 241 899 Stück Handfeuerwaffen-Munition. Im Monat Dezember beträgt der Zugang an Maschinengewehren 530, an Gewehren 98 143 Stück. Von den angemeldeten Waffen der Organisationen sind 215 559 Gewehre bereits eingezogen. Durchsuchungen haben bisher in 1096 Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken stattgefunden. Das Einziehen der Organisationswaffen und die Durchsuchungen werden planmäßig fortgesetzt.

### Das Arbeitslosenheer wächst weiter.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium gemeldet wird, ist die Zahl der Erwerbslosen in der Zeit vom 1. bis zum 15. Dezember 1920 erneut erheblich gestiegen. Es betrug am 15. Dezember die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Reiche 365 307 gegen 350 388 am 1. Dezember, die Zahl der mitunterstützten Familienangehörigen 380 384 gegen 352 252. Nach dem Bericht wurden im Jahre 1920 über 2000 Anträge auf Förderung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge endgültig genehmigt, wodurch rund 85 000 Erwerbslose Beschäftigung gefunden haben.

### Die Entente lässt der Reaktion in Österreich Vorhub.

Wien, 9. Januar. Die österreichische Regierung hat eine Note der Entente erhalten, durch die sie ermächtigt wird, die Gendarmerie und die staatliche Polizei im Einvernehmen mit der Entente auf höhere Stände zu bringen, als sie im Friedensvertrag vorgegeben sind. Wenn gleichzeitig die Wehrmacht entsprechend abgebaut und die Gendarmerie und Polizei nur im Wene von Verpflichtungen auf eine Dauer von mindestens 12 Jahren ergänzt wird, zum besseren Verständnis dieser sonderbaren Note ist bemerkbar, daß es den österreichischen Sozialdemokraten, im wohlwenden Gegenstand zur Rötepartei, gelungen ist, die Wehrmacht aus verlässlichen proletarisch-sozialistischen Elementen

aufzubauen, während in der Gendarmerie und Polizei noch der alte reaktionäre Geist herrscht. Die heutige christlich-konservative Regierung möchte nun gar zu gern Gendarmerie und Polizei gegen die Wehrmacht auspielen, wozu ihr die Entente, wie aus der Note ersichtlich ist, hilfreiche Hand bietet.

### Zur Übergabe Westungarns an Österreich.

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau schreibt: Die Note der Pariser Botschafterkonferenz betrifft Westungarn an den Präsidenten der ungarischen Friedensdelegation erklärt, der Text der Friedensverträge, die Westungarn Österreich zugesprochen, stelle nicht für Österreich und Ungarn, sondern für die verbündeten Mächte Pflichten und Rechte bezüglich der Übernahme und der Übertragung dieser Gebiete auf. Die Botschafterkonferenz habe daher beschlossen, Westungarn zuerst der Entente zu übergeben, die es an Österreich abtreten werde. Die zweite Übergabe werde durch Vermittlung einer internationalen Kommission, die sonst keine Verwaltungskompetenz haben werde, in Dedenburg vor sich gehen. — Zu dieser Note wird von zuständiger Stelle bemerkt: Es steht fest, daß es schädlich und überflüssig war, unter den Eindruck gewisser Tendenzmeldungen die noch nicht bekannte Entente-Note als Ultimatum hinzutun. Der Botschafterkonferenz schwören nur Maßnahmen vor, die erst nach Inkrafttreten des Friedensvertrags aktuell sein können. Die Note widerlegt auch die Annahme, als sei die Entsendung einer mit außerordentlichen Machtsignifizienzen ausgestatteten Entente-Kommission geplant. Die Note ist mithin kein Ultimatum, sondern die Festlegung der Modalitäten der Übergabe. Allerdings drückt sie eine für Ungarn gewissermaßen neue Rechtsauffassung aus.

### Der irische Unabhängigkeitskrieg.

London, 10. Januar. Daily Mail meldet, daß in Dublin und in Cork Versuche der Sinnfeiner zur Proklamation einer unabhängigen irischen Republik unternommen wurden. In einigen anderen Städten gab Anschläge der Sinnfeiner bekannt, daß der Valera rechtmäßiger Präsident der irischen Republik sei, deren Unabhängigkeit erklärt sei. Die Morningpost berichtet, daß die britische Regierung hinter de Valera einen Siegbrief und Haftbefehl auf Grund seiner hochverräterischen Anschläge in Irland erlassen habe. Die britische Militärpolizei ist angewiesen, ihn unverzüglich festzunehmen. Dublin Castle, der Amtssitz des Bishönkels Lord French, stellt der von den Sinnfeinern soeben veröffentlichten Liste der durch die Hand englischer Truppen umverwohlener irischer Bürger eine Gegenliste der in Irland in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1920 von Sinnfeinern begangenen Verbrechen gegenüber. Danach wurden zerstört 89 Gerichtsgebäude, 553 Gendarmerie- und Polizeistationen; Übersetzungen und Angriffe auf Postbeamte sowie Polizisten ereigneten sich 908 mal; getötet wurden 192 Polizisten und 54 Militärpersonen; verwundet wurden 263 Polizisten und 122 Militärpersonen.

### Polen und Litauen.

Kowno, 11. Januar. (OE) Nachdem die polnische und litauische Delegation festgestellt hatten, daß in der Territorialfrage keine Vereinigung zu erwarten sei, ist von Polen der Vorschlag gemacht worden, die Frage der Grenzregulierung vorläufig, beläufig zu lassen und vor allem die Frage der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wie auch die Verkehrs- und Transitsfrage, eventuell auch eine Militärkonvention zu besprechen. Die litauische Delegation hat diesen Vorschlag zur Kenntnis genommen und soll in den nächsten Tagen Antwort erzielen. Der polnische Vorschlag bedeutet anscheinend die Wiederaufnahme der alten polnischen Pläne, Litauen zum politischen Anschluß an Polen zu bewegen, wonach die territorialen Streitfragen nach polnischer Aussicht leichter einer Lösung entgegengeführt werden könnten. Es ist indessen anzunehmen, daß die litauische Regierung sich solchen politischen Plänen nach wie vor kaum zugänglich zeigte dürfte.

### Sowjet-Russland und Georgien.

Aus Saratow wird gemeldet: Die Regierung der georgischen Republik hat in Moskau Vorfestungen erhoben wegen verschiedener militärischer Aktionen, die eine Verlegung des Vertrages von Tiflis vom 12. Juni und des Ergänzungsbündnisses zum Moskauer Vertrag vom 12. Mai bedeuten. Außerdem findet in den an Georgien grenzenden Gebieten der Räterepubliken eine erste Agitation gegen die Republik Georgien statt. Es würden Plakate und Maueranschläge mit Losungen und Aufrufen zu beaufsichtigtem Hervortreten gegen Georgien veröffentlicht. Auch das sei entschieden ein Bruch des Vertrages vom 12. Mai, in welchem sich die russische Sowjetrepublik und Georgien gegenseitig verpflichteten, in ihrem Gebiet kein Hervortreten gegen die andere der beiden vertragsschließenden Parteien zu dulden. Anderseits erklärt die Regierung kategorisch, daß entgegen den russischen Behauptungen niemals ein Transport, der den georgischen Eisenbahnen zur Weiterleitung nach Armenien angemeldet wurde, zurückerhalten werden sei. Die georgische Regierung hatte sich streng an die von der russischen Räterepublik und der sozialistischen Räterepublik von Arzveli mit Armenien geschlossenen Verträge, und sei in keiner Weise von ihrer Erfüllung abgewichen.

### Finanzkrise im Jernen Osten.

O. E. Aus Tschita wird nach Moskau gedreht: Der Emissär der Vereinigten Republik des Jernen Ostens Milejew berichtet aus Chabarowsk, daß dem Amurgebiet infolge Erhöhung der Bargeldbestände eine Finanzkrise drohe. In Blagoweschensk beträgt der Kurs des Goldbills 3500. Man fürchtet, daß der Privathandel, besonders der chinesische, die Geldnoten der Republik des Jernen Ostens nicht akzeptieren, seine Operationen einschränken oder völlig einstellen werde, wie dies in Blagoweschensk bereits geschehen ist. Wegen des niedrigen Kurses und der fehlenden Valuta ist das ganze örtliche Wirtschaftsleben ins Stocken geraten und die Tätigkeit der Regierungs- und Militärbehörden sehr erschwert.

### Die Heizmittelnot in Petersburg.

O. E. Petersburg durchlebt aufs neue eine Heizmittelkrise. Wie die Krasnaja Gaveta berichtet, sind im Dezember statt der angeforderten 450 Waggons Heizmittel nur 53 eingetroffen. Die Petersburger Prawda stellt mit, daß aus Anlaß der Feiertage der Betrieb in allen Fabriken auf 10 Tage eingestellt wird. Die Arbeiter sind auf 5 Tage mobilisiert worden, um Holz auf 15 Meter in der Umgebung Petersburgs heranzutragen; ferner sollen die sibirischlebenden Holzhäuser und Baraden abgebrochen und als Brennmaterial verwendet werden. Die Petersburger Presse versichert, daß der Stillstand der Fabriken eine Ersparnis an Heizmitteln zur Folge haben und daß die Petersburger mithelfen würden, die leerstehenden Holzlager mit neuen Holzvorräten zu füllen.

### Armenien als Kolonie Sowjetrußlands.

London, 10. Januar. Wie aus Tiflis gedreht wird, hat sich soeben das neue armenische Kabinett gebildet. Das Ministerpräsidium liegt in den Händen Kassian's, während das Außenministerium Bessarabjan übernommen hat. Die neue Regierung streng bolschewistischer Richtung hat als erste Umtauschung eine Amnestie für Fahnenflüchtige erlassen und die Güter und Eigenschaften der armenischen Kirche nationalisiert. Die Eisenbahnen wurden in militärischen Betrieb genommen. Gleichzeitig hat der Sowjet von Erivan die Demobilisierung

des armenischen Heeres verfügt. Die Armee soll reorganisiert und unter Führung von Offizieren gestellt werden, die ihre militärische Ausbildung in Moskau genossen haben.

### Vor dem Italienischen Parlament.

Auf dem Provinzial-Kongress der italienischen sozialistischen Partei für Turin wurden 3344 Stimmen für die Resolution der Kommunisten und 2070 Stimmen für die Serrati-Gruppe abgegeben. Selbst in der kommunistischen Hochburg, für die Turin längst bekannt ist, besteht also eine starke Minorität.

In Mailand wurden 1051 Stimmen für die Serrati-Gruppe, 448 für die extremen Kommunisten und 265 für die Rote abgegeben. Auch in Rom bat sich die Mehrheit für Serrati ausgesprochen.

### Die Arbeiterpartei von Schottland gegen die dritte Internationale.

Die schottische Arbeiterpartei hat sich auf einem förmlich abgehaltenen Kongress mit 93 gegen 57 Stimmen gegen den Anschluß an Moskau erklärt. Diese Entscheidung ist um so bedeutungsvoller, als sich diese Partei im Vorjahr mit 158 gegen 38 Stimmen für den Anschluß an die dritte Internationale ausgesprochen.

### Deutschland.

#### Ein aller Zopf.

In der freiherrlichen deutschen Republik, in der die Frauen Stimmrecht haben, besteht noch immer die postulatische Verfüllung, daß die Frau eine Postwollmacht nur mit Genehmigung ihres Mannes erhalten kann. Die Liga für Frauenstimmrecht hat sich bereits im Mai 1919 an das Reichspostministerium gewandt und um Aufhebung dieser Verfüllung nachgesucht. Damals wurde die Verförderung gegeben, doch demnächst durch eine Verordnung diese rücksichtige Verordnung aufgehoben würde. Bisher ist jedoch noch nichts in dieser Richtung erfolgt. Herr Giesberts braucht also immerhin anderthalb Jahre, um auch nur eine einzige alle rücksichtige Verordnung außer Kraft zu setzen.

#### Ein wichtiger kommunistischer Geschäftsmann.

Wir haben Herrn Merges, ehemaligen Präsidenten des Freistaates Braunschweig, Unrecht getan. Er ist nicht der ehrliche Fanatiker, für den wir ihn hielten. Er ist vielmehr ein — tüchtiger Geschäftsmann, der auch mit der Reaktion auf Kosten der Revolution Geschäfte abzuwickeln gar nicht abgeneigt ist.

Aus verschiedenen Veröffentlichungen des staatlichen Preseamts in Braunschweig ergibt sich, daß die Urkunde, in der Herzog Ernst August von Braunschweig seine Abdankung vollzogen hat, von dem damaligen braunschweigischen Staatspräsidenten und lebigen Kommunistenführer, August Merges, als er sein Amt verließ, nicht an das Staatsarchiv abgeliefert, sondern untergeschlagen wurde. Durch einen Mittelsmann hat Merges an den juristischen Vertreter des Herzogs, Geheimrat Knöte in Gmunden, einen Brief richten lassen, in dem er der Herzogsfamilie die Urkunde zum Kauf anbot. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich Merges, bevor er dieses Angebot veranlaßte, an einen Welfenfürsten, den Grafen v. d. Schulenburg, und den früheren Staatsminister v. Wolff mit der Anfrage gewendet, ob die Unterschrift der Urkunde echt sei. Dies ist ihm dann bestätigt worden. Merges soll nach der Darstellung des braunschweigischen Preseamts Dritter gegenüber erklärt haben, „wenn es ihm nicht gelinge, die Urkunde an den Herzog zu verkaufen, so werde er sie an irgendwelchen reichen Amerikaner loslegen“. Auf jeden Fall hoffe er, ein paar hunderttausend Mark damit zu verdienen“.

Das braunschweigische Staatsministerium hat die Angelegenheit am 12. Dezember v. J. der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung übergeben.

### Kleine Auslandsnachrichten.

Frankreichs Angst vor dem kommunistischen Bassius. Der Polizeipräsident von Tours wurde vorläufig seines Amtes entzogen, weil es ihm nicht gelungen war, Clara Zetkin, die auf dem französischen Parteltage einige Worte an die Versammlten richtete, zu verhaften. Auch gegen die französische Überwachungsstelle, in deren Bereich Clara Zetkin die Grenze überschritten hatte, wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Außerdem wurde aus Anlaß der Grenzüberquerung bei Compiègne die Grenzkontrolle verschärft.

Aufhebung des Ausnahmegesetzes in der Tschecho-Slowakei. Amtsamt wird mitgeteilt: Die Regierung der tschechoslowakischen Republik hat beschlossen, die im Dezember v. J. für den Bereich einiger polnischer Bezirksverwaltungen verhängten außerordentlichen Maßnahmen zu widerrufen.

Aufzulösung der russischen Truppen aus Georgien. Wie der Chicago Tribune aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die Sowjetregierung den roten Truppen, die die georgische Grenze überschritten hatten, den Befehl gegeben, sich zurückzuziehen.

Demobilisierung der armenischen Truppen. Times meldet aus Konstantinopel, daß ein Dekret der Sowjetregierung von Erivan die Demobilisierung des armenischen Heeres anordnet. Dieses werde reorganisiert und unter das Kommando von in Moskau ausgebildeten Offizieren gestellt werden.

Die litauisch-russischen Friedensverhandlungen haben nach einer Meldung der litauischen Telegraphenagentur am 8. Januar in Moskau begonnen.

### Zus der Partei.

Ein kommunistischer „Erfolg“. In Hannover ist das ehemalige Organ unserer Partei, das Volksrecht, das nach Halle zu den Kommunisten überging, eingegangen.

#### Eine bittere Nisse für die Kommunisten.

Unser neues Halleiner Parteiblatt, die Volkszeitung, kann mitteilen, daß im Bezirk Halle die Unabhängige Sozialdemokratie 25 000 Mitglieder zählt.

Das geschicht in der kommunistischen Hochburg! Auch dort wachsen die Bäume der Kommunisten nicht in den Himmel!

### Bon Rait und Fern.

Abgekürztes Flugzeug, Gardelegen, 11. Januar. Das Flugzeug F. 23, das gestern um 10 Uhr in Berlin-Johannisthal aufgetreten war und sich auf der Fahrt nach Braunschweig befand, ist um 11<sup>1/2</sup> Uhr bei dem heftigen

# Hollentamps Inventur-Ausverkauf

ist die beste Notstands-Kleider-Besorgung

## Neues Theater.

Eingangsspiel (Nachdruck verboten) Donnerstag 14 Uhr  
Mittwoch, den 12. Januar 1921

Rücke, Seite 9. Antreits Vorstellung 8. Höhe, weiß

### Mignon.

Oper in 3 Akten mit Bezugnahme des Goethe'schen Romans "Wilhelm Meister's Lebensjahr" von Michel Caro und Adolphe Tambier deutlich von Ferdinand Gumberl. Mußt von Auguste Thomas.

Bildnismalerei, Georg Morison.

Militärische Leitung, Albert Conrad.

Selbstgez. Philharmonisches Orchester (Werner).

Personen: Wilhelm Meister (Adolf Hager); Voldario (Erich Pohlmann);

Mignon (Elise Sanden); Philine (Elise Hansen-Schulze);

Käthe (Emil Herberling); Baron Friederich (Adolf Weigert); Hans (Otto Salomann); Anton (Wilhelm Schumacher); Der Sousfleur (Bruno Weiß); Ein Diener (Hermann Döver).

Spanner, Schauspieler, Bauen, Bäuerinnen,

Am 1. Akt: Ritterin, angeordnet von Emma Grondona, ausgeführt von G. Engler; Charlotte Brummel, Adolf Treller und den Zängerninnen.

Pause nach dem 1. und 2. Akt.

Nebenberungen vorbehalten.

### Grödner Preise.

Groß 6½ Uhr, Eintritt 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.  
Donnerstag, den 12. Januar: 8. Antreits-Vorstellung (2. Folge).

Eintritt 7 Uhr, Eintritt 7 Uhr.

Freitag, den 13. Januar: 11. Antreits-Vorstellung (3. Folge, blau); Der Troubadour, Eintritt 7 Uhr.

## Alles Theater.

Richard-Wagner-Blow (Nachdruck verboten) Donnerstag 14 Uhr.

Mittwoch, den 12. Januar 1921

### Vennerie.

4 Ablösungen von Kurt Högl. Ein Scene gezeigt von Herbert Höhner.

Der Span vom Dache. (Sizile.)

Personen: Der junge Mann (Hans Bellé, Högl); Der Herr Doctor (Karl Hult); Der Redaktionsschreiber (Herbert Höhner); Der Wärter (Adolf Blaich).

Die Taube im der Hand. (Spiel.)

Personen: Alice, Beatrice, Freudenlinnen (Marina Otto, Morgenstern, Marianne Kupfer); Adolfo, Walther, deren Männer (Eugen Abecker, Herbert Höhner).

Der Hund im Hause. (Spiel.)

Personen: Herr Professor (Heinz Neiss); Frau Professor (M. Otto, Morgenstern); Herr Editor (Herbert Höhner); Johann (Willy Engels).

Der Hahn im Nord. (Spiel.)

Personen: Das Huhn (\* \* \*); Der Abing, Porcile, Morellius, Narziss, verkleidet Berliner Schauspieler (Adolf Wind, Hans Scheller, Gustav Colmar, Rudolf Blaich); Der Geiß von Hameln (Peter, Stoltz, Heinz Neiss); Der Reiseur (Herbert Höhner); Der Hirschaufseuer Merlet (Wolfgang Schlegel); Der Operateur (Arthur Alless); Der Kritik (Wilhelm Engels); Kurt, ein Schauspieler in Bild (Eugen Abecker); Die Dame, eine Dame (Martina Otto, Morgenstern); Pepe, Theaterschmeißer (Heinrich Niedermann). Einfache Preise: Eintritt 7 Uhr, Eintritt 7½ Uhr, Ende ungel. 10 Uhr. Donnerstag, den 13. Januar: Vorstellung f. d. Leipzig'sche Wirtschaftsverband (einzelne Auftrittsablauf); Die Jungfrau von Orleans, Eintritt 7 Uhr. Freitag, den 14. Januar: Vorstellung für die Gewerkschaft der Tintenfabriken (L. Hartenberg); Einem Zug will er sich machen, Eintritt 7½ Uhr.

## Krystall-Palast

### Theater.

Eintritt 20 Uhr

Täglich abends 11/8 Uhr:



## Januar-Programm.

## Birkenhöhlchen, Wahren

Jeden Mittwoch 7 Uhr: Großer Ball

Es lädt ergebnist ein

## UT Connewitz

Pegauer Str. 12

Nur noch heute und morgen:

## Harry Piel 3.

6 Akte

Das Gefängnis auf dem Meeresgrund.

## Aber Paulchen!

Lustspiel in 3 Akten. Beginn Punkt 6 Uhr u. 8 Uhr.

Nur Erwachsene über 18 Jahre haben Zutritt.

## U.S.P.D. Gross-Leipzig

Gohlis. Freitag, den 14. Januar 1921, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im Niedau-Augustbau. 1. Vortrag des Gen. Schöbel über: Kommunale Steueralpolitik. 2. Freie Ausprache. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet D. V.

## Verband Leipziger Hausmeister.

Mittwoch, den 28. Januar 1921

## General-Versammlung

im Eldorado, Bäßendorfer Straße

Beginn pünktlich 11/8 Uhr.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbücher. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Reisoren. 4. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes. 5. Statuten-Veränderung. 6. Verschiedenes.

Eintritt nur gegen Mitgliedskarte.

Jahresbericht erwartet. Der Vorstand.

**NB.** Sonnabend, den 15. Januar, abends 8 Uhr Stiftungsfest im Volkshaus.

Weißfäl. Margarine, wie Buller, Pfund 13.20  
Garantiert reines Schweinefett 15.80  
„Fortuna“ Lebensmittel-Tunnel  
Brüderstraße 22, Ecke Turnerstraße.

**Böll-Reis** Pfund 4.50

**Bruch-Reis** Pfund 3.50

**Rübenflocke** Pfund 2.90

Friedr. Strube, L. Thonberg, Stötteritzer Straße 25

Friedr. Strube, L. Anger, Jenaerndorfer Straße 20

Friedr. Sachse, L. Anger, Weihenbürgstrasse 2

Gust. Tunger, L. Anger, Herbartstraße 4

## Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut Leipzig



## Bildungs-Institut Leipzig

Sonntag, 28. Januar, vormittags 11 Uhr, in der Albert-

halle des Krystallpalastes

## Großes Sinfoniekonzert

### Sonder-Konzert

ausgeführt vom verstärkten Grotian-Steinweg-Orchester (Konzertverein) unter Leitung des Herren Kapellmeisters Hermann Scherchen-Berlin. — Mitwirkende: Michelverein und der Thomanerchor :: Solistin: Emmy Heim

Zur Aufführung gelangt die dritte Sinfonie von Gustav Mahler

Eintrittskarten zum Preise von 5.— M. sind in allen Filialen der Volkszeitung u. in den Geschäftszimmern der Gewerkschaften zu haben. Arbeitshäuser und Jugendliche erhalten Karten zum halben Preise gegen Vorzeigen ihrer Ausweise in der Geschäftsstelle des Arbeiter-Bildungs-Institut, Brunnstr. 17.

## Volkshaus

Morgen Donnerstag, von abends 11/2 Uhr an

## Großes Volks-Ballfest

## Gangouci

Morgen 7 Uhr: Der beliebte  
Donnerstags-Ball!

## Felsenkeller

Morgen/Donnerstag 7 Uhr die führende

## Große Ballschau

mit Leipzigs anerkannt bestem  
Tanzorchester.

Sonntag, nachmittags 4 Uhr.

## Gastwirte u. Vereine!

Bill. Bezugssquelle i. Karnevalartikeln, Studentenmühlen, Död. 2.50, Gros. 25 M., über 200 versch. Sort. Karnevalartikel ausgegeben; es verl. id. im Ausstellung a. bei. oder Preislisten, welche gratis zugeliefert werden, zu verlang. Preislisten, 10 versch. Sorten 110 Stil 2.50, Gros. abnehmer 10% extra, ständige Ausstellung i. Tombola. E. Wagner, nur Spezialgeschäft für Vereins- und Karnevalartikel, Dresden Straße 20, I. im Haufe des Pantheon.

**Tanzurlaub.** An alle

Beginn: Donnerstag, 13. Jan. 7 Uhr abds. Kaiser Friedrich.

Gohlis, Menkestr. 24. Anmeldung dort tägl. v. 7 Uhr abends an und Männern, Laubstr. 9. II. r.

Ausbildung nach leicht fähig. Meth. gründl. Gering. Honor. Keine Kleidungsanforderung.

**Trauringe** massiv Gold Gustav Kaniss Tauchaer Str. 6. I.

**Barchent Mr. 12 Mk.** Handbuch 9.50, Intell. 18.50, Unt. Tafel 18.50, Kleiderstoff, pppl., 22.—, Bett- und Tischwäsche, Hemden, Strümpfe, Seife, polli. an Händler u. Private.

**Blätter.** Randsäder Steinweg 33. I., Tel. 3845.

**Gelegenheitsläufe!** 100 Stück schw. engl. Ledertuch-Hosen M. 7.40 Manchester-Hosen M. 13.25

Walter Fritzsche, R., Frommannstr. 12, Lad.

**American Relief Administration Warehouses**

Im Warenhaus Th. Althoff, 4. Stock

Geschäftszeit und Ausgabe der Pakete täglich 9-4 Uhr.

Sonnabends 9-1 Uhr. Beim Einlösen der Food Drafts sind Personalausweise und Transportmittel mitzubringen.

**Gelegenheitsläufe!** 100 Stück schw. engl. Ledertuch-Hosen M. 7.40 Manchester-Hosen M. 13.25

Walter Fritzsche, R., Frommannstr. 12, Lad.

**Billige Lebensmittel**

In weiße Verlobungen (kleine Rangoonbohnen) M. 1.20

Vittoria-Erdbeeren M. 3.60 „rein Weißweinjohannis“ 16.25

„Maisgras“ M. 3.60 „Anderenfeuerflocke“ 1.60

„getrocknete Linien“ M. 5.80 „Bad eingetragen“ 2.85

„reine Soba (L. Erl.“) M. 1.50 Reichsterneife 300 gr. M. 5.00

Alfred Wunsch, Dresdner Str. 47 (vorm. F. E. Krüger) (am Stephaniplatz).

**Garnellen-Nachrichten**

Für die überaus wohltuenden Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen

Fr. Julius Müller sreichsten wir nur hierdurch unseren verschlafenen tiefschlafenden Danz aus.

„Stötteritz, den 11. Januar 1921.

Richard Müller im Namen aller Gehörwicker und hinterbliebenen.

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

## Neues Operetten-Theater.

(Nachdruck verboten) Donnerstag 28.1.

Mittwoch, den 12. Januar 1921

**Die Frau im Hermelin.**

Operette in 3 Akten von Rudolf Schröder und Ernst Weiss.

Mitwirkende: Jean Gilbert.

(Obne Ouvertüre.)

Militärische Leitung: Otto Hindel.

Versionen: Graf Adrian Wettstein (Aurel Wettstein); Mariana, Selma Braun (Eva Wöhle); Gittangi, Elsbettenschwester (Ludwig Hablik); Oberst Valentin (Walter Gräfe); Mittelmäher Stefan (Hermann Engelmann); Mittelmäher Stefan (Otto Höller); Mittelmäher Willibald (Max Schröder); Nachtmäher Willibald (Eduard Trautmann); Helga Schwärzlein, Hornet (Aurel Weiss); Sophie Lovette (Walter Schobert); Rosalie Baron Tyrol-Sprecht; Antoinette (Hans Reinhard); Renold (Willy Wurst); Terela, Hof Marionad (Magdalene Renold); Wicto, Arona (August Rohrholz); Österreichische Offiziere und Soldaten, weibliche Mitglieder des Mc-Claner-Balletts.

Spielt um 1810 auf dem Gallois Wettstein in der Nähe von Verona.

Zwischen 1810 und 1815 studiert der Emma Grondona.

Pause nach dem 1. Akt.

Nebenberungen vorbehalten.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. Januar.

## Parlangelegenheiten.

**Ortsverein Alt-Leipzig, Zentrum und Norden.** Sämtliche Gruppenführer und Funktionäre treffen sich Donnerstag, den 13. Januar, abends 1/2 Uhr, im Restaurant Berliner Tor, Berliner Straße 15. Sehr wichtige Besprechung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen dringend notwendig.

Die Bezirksführer.

**Schönefeld.** Freitag, den 14. Januar, abends 1/2 Uhr. Funktionärtreß im Restaurant zum Guten Tropfen, Stödelstraße 9. Arbeitsfreudige Genossen sind mit eingeladen.

**Großschocher-Windorf.** Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, in der Schule allgemeiner Diskussionsabend. Alle Genossen und Genossen werden um zahlreichen Besuch ersucht.

Der Vorstand.

**Funktionäre des Westbezirks!** Donnerstag, den 13. Januar, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung in den Westendhallen. Vollzähliges Erscheinen erwartet.

Der Bezirksoberleiter.

**Ortsverein Leutzsch.** Heute abend 1/2 Uhr Diskussionsabend im Schwarzen Jäger.

Der Vorstand.

**U.S.P.-Postbeamte.** Freitag, 14. Januar, abends 8 Uhr, Sitzung im Hausvaterhelm, Marienstraße 7. Mitgliedsbuch mitbringen.

Schönheit.

**USPD-Lehrer.** Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 5 Uhr, wichtige Besprechung im Lehrervereinshaus.

**U.S.P.-Elternräte des Westbezirks.** Die Sitzung beginnt am Donnerstag erst um 7 Uhr im Sophienschlößchen, Köllener Straße.

## Marxismus und aktuelle Politik.

Der zweite Vortrag des Genossen Seeger über Marxismus und aktuelle Politik in der Rednervereinigung der U.S.P. findet morgen Donnerstag, abends pünktlich um 7 Uhr, im Volkshaus, Café, Mitte, statt.

**Achtung, Kurssteilnehmer!** Die Teilnehmer am Kursus Nationalökonomie sehen ihre Tätigkeit in einer Arbeitsgemeinschaft, in der Übungen über Marx' Kapital vorgenommen werden, jetzt. Lehrer ist Genosse Jensen. Die Stunden finden im Lehrsaal Braustraße 17 statt. Beginn: Freitag, den 14. Januar, abends 1/2 Uhr. Genossen und Genossinnen, die vorher am Kursus Jensen nicht teilgenommen haben und Wert auf diese Arbeitsgemeinschaft legen, werden ersucht, sich in der Geschäftsstelle des Arbeiterbildungsinstituts zu melden. Die Teilnehmerkarte zum Preise von 5 Mk., die für alle zehn Abende gilt, wird Freitagabend eingelöst.

**Allg. Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig.** Kartelldelegierte. Donnerstag, den 13. Januar, abends 7 Uhr, im Volkshaus Kartellversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Oberlehrer Steinert: Die Organisation der Fortbildungsschule, Berichte.

**Gruppenrat XII.** Heute abend 7 Uhr Sitzung im Hotel Victoria, kleines Restaurationszimmer.

**Gruppenrat III, Bekleidungs- und Textilindustrie.** Donnerstag, den 13. Januar, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell.

**Kursus Jensen XII.** Donnerstag, den 13. Januar, abends 7 Uhr, erster Vortragsabend, Goldene Krone, Connewitz.

## Techniker und Wirtschaftsausbau.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hielt am vergangenen Sonntag im Zentraltheater eine öffentliche Versammlung ab mit dem Thema: Techniker und Wirtschaftsausbau. Herr Aufhäuser-Berlin vom Afa behandelte das Thema von großen Gesichtspunkten aus. Eingangs seiner Darlegungen führte er aus, daß nicht Lohnkämpfe allein die Angestellten und Beamten aus ihrer Notlage befreien können, da jede Lohnverhöhung immer nur neue Preissteigerungen für alle Lebensnotwendigkeiten nach sich zieht. Für die freien Gewerkschaften und die in ihnen organisierten Arbeiter und Angestellten erwähnt die Aufgabe, sich mit den Ursachen der allgemeinen Wirtschaftskrisis zu beschäftigen, also sich wirtschaftspolitisch zu orientieren und aus ihrer Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen.

Der Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens ist nicht allein eine Folge des Krieges. Er wurzelt letzten Endes in dem ganzen Wirtschaftssystem, unter dem wir leben und produzieren. Der Krieg hat die sozialen Gegensätze allerdings ins Ungeheuerliche gesteigert. Er hat aber auch breiten Schichten der Angestellten und Beamten die Augen geöffnet. Er hat ihnen gezeigt, daß die Notlage der arbeitenden Bevölkerung ihre leichten Ursachen im Privatbesitz an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln hat, und daß die rein auf den Gewinn eingesetzte privatkapitalistische Wirtschaftsweise abgelenkt werden muß durch die — planmäßige — Betriebswirtschaft. Einen Ausbau auf Grund der bisherigen Wirtschaftsordnung kann es nicht geben. Das würde lediglich eine Wiederherstellung der privatkapitalistischen Machtverhältnisse bedeuten, wie wir sie vor dem Kriege hatten, und würde unlöslich verbunden sein mit dem Verfall der arbeitenden Bevölkerung, mit einem großen Massensterben.

Die Gefahr eines rein kapitalistischen „Aufbaus“ ist aber nie so groß gewesen wie gegenwärtig. Während wir theoretisch über die Sozialisierung diskutieren, vollzieht sich praktisch die Verankerung der kapitalistischen Macht in nie geahntem Umfang. Eine große Finanztransaktion schlägt sich an die andre an. Eine Industrie wird mit der andern verdeckt. Die Monopole vor dem Kriege beschränkten sich auf einen bestimmten Produktionszweig, heute umfassen sie ganze Industrien vom Urvorprodukt bis zum Fertigfabrikat. Eine Konzentration des Kapitals geht vor sich, die eine ungeheure Macht in den Händen einiger weniger Kapitalisten vereinigt und die Arbeiter und Angestellten in eine immer gefährlichere Abhängigkeit dieser ungetrockneten Fürsten bringt. Aber nicht nur die gesamte Produktion beherrschen diese ungünstigen Fürsten nach ihrem Gewinninteresse, auch die öffentliche Meinung soll gekauft werden, indem man versucht, die gesamte Tagespresse in die Hand des Kapitals zu bekommen.

Wir wissen, daß wir, um Produzieren und Wiederaufzubauen zu können, die Rohstoffe des Auslandes brauchen, und daß wir diese nur durch einen gewaltigen Export bezahlen können. Dazu bedürfen wir der gefeierten Produktion, die aber wiederum nur möglich ist, wenn jeder einzelne das Bewußtsein hat, daß er nicht für einzelne Privatkapitalisten arbeitet, sondern im Interesse der Allgemeinheit. Wenn unser ganzes Schicksal abhängt von der Produktion im eigenen Lande, darf diese nicht länger Privatsache des einzelnen Kapitalisten sein. Die Produktionsmittel müssen in den Besitz der Allgemeinheit übergehen. Jetzt ist das Wort „Sozialisierung“ aus der Theorie in die Praxis umzusetzen. Als Realpolitiker konzentrieren wir uns zunächst auf die Schlüsselindustrien, die zweifellos zur Bergbau- und Eisenindustrie gehören. Wir fordern die Volkssozialisierung unserer Bergwerke nach dem Vorschlag I der Sozialisierungskommission. In dem Kampf um die Volkssozialisierung des Kohlenbergbaus müssen wir die ganze Macht der freien Angestellten- und Arbeiterschaften entfalten.

Der Wiederaufbau kann und wird nur das Werk derjenigen sein, die förmlich mit Hand und Kopf arbeiten. Die Techniker sind

berufen, in diesem Kampf Führer und Pioniere zu sein. Es kann keine schöneren Aufgabe für uns geben, als uns als Bahnbrecher einer neuen und besseren Zeit in den Dienst des Kampfes um die Sozialisierung zu stellen.

Die vortrefflichen Ausführungen des Redners fanden starken Beifall der gut besuchten Versammlung.

## Jubiläum des Leipziger Lehrervereins.

Am 12. Januar 1846, dem 100. Geburtstage Pestalozzi, wurde der Leipziger Lehrerverein gegründet. Heute erfüllen sich demnach 75 Jahre seines Bestehens. Der Hebung des Schulwesens und der Volksbildung hält seine Arbeit vom Tage seiner Gründung an.

## U. S. P. Groß-Leipzig.

## Am Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg am Sonntag, dem 16. Januar, vormittags 10 Uhr veranstaltet unsere Partei in Groß-Leipzig

## 6 große öffentl. Versammlungen

Die gesamte Leipziger Arbeiterklasse muß an dieser Kundgebung teilnehmen.

Täglich wird die Gegenrevolution stärker!

Täglich frecher und herausfordernder!

In der Reichsregierung sitzen die Feinde der Republik, die monarchistischen Stinnesparteile!

Die Stinnesregierung sabotiert die Sozialisierung!

Sie öffnet der Auswucherung der Proletarier durch die Abschaffung der Nahrungsmittelrationierung, durch den „freien Handel“ das Tor!

Sie bedroht das Koalitions-, das Streikrecht der Beamten wie der Arbeiter!

Sie bedroht den Achttundertstag wie die Arbeitslosenunterstützung!

Sie setzt die Existenz des Reiches, sie setzt Milderungen der Wiedergutmachungsforderungen der Entenlebrenlichkeit aus Spiel durch die Weigerung, die Einwohnerwehren Bayerns und Ospreuhens aufzulösen und zu entwaffnen!

Sie entwaffnet die Arbeiter und beschützt die Orgesch!

Unter dem Schuh dieser Orgesch-Regierung werden Revolutionäre „auf der Flucht“ er — geschossen, werden die Mörderstudenten von Marburg freigesprochen, sollen die Mörder- und Meineidssozialistengeschossen und Kessel amnestiert werden!

## Der 16. Januar, der Todestag Liebknechts u. Rosa Luxemburgs

muß zum Tag der Sammlung des Proletariats wider seine Feinde werden.

Und zum Gedächtnistag aller Blutzeugen der Revolution, aller, die jenen beiden Vorkämpfern in den Tod folgten, zum Tag, da Sühne zu schaffen gelobt wird für die Morde an Kurt Eisner, Gustav Landauer, Leo Jogisches, Eugen Leviné, Dorenbach, Hugo Haase, Hans Paasche, Paul Hossmann und Hunderte andere Ungerannte, die 29 Matrosen in Berlin, die 32 Gesellenvereinler in München, die unter den Kugeln des weißen Schreckens und des Standrechts fielen.

Die Arbeiterklasse Leipzigs wird am Sonntag in den Versammlungen der sozialen Revolutionären gedenken.

## Arbeiter, Arbeiterfrauen! Sorgt für Massenbesuch!

In diesen pädagogischen Fragen ist er Führer und Ritter im Streite der Wehrer gewesen bis in die jüngste Zeit hinein. Für die Förderung des Lehrerstandes hat er gestritten und sich im Sächsischen und Deutschen Lehrerverein eine angesehene Stellung errungen. Durch seine lebendige Teilnahme an dem kulturellen und sozialen Leben der verflossenen 75 Jahre erstrebte er die Eingliederung der Schule und des Lehrerstandes in die Gesamtentwicklung der Kultur. Mitglieder und Freunde des Vereins werden in einem Aufruf der Lehrerzeitung zu einer Feier geladen zu bestinnender Uhrzeit, zu dantbarem Gedachten und zum ersten Entschluß zu neuem Streben, zu neuen Kämpfen.“ In dem Programm zur Feier am Sonntag, dem 16. Januar, vormittags 1 Uhr, im Zoologischen Garten sei besonders hingewiesen auf die Festrede des Professors der Pädagogik Fischer-München; Er-

ziehung als Beruf. Alle Eltern aber, die Kinder in die Volksschule schicken, können dem Verein zu seinem Geburtstage kein schöneres Geschenk machen, als daß sie seine Arbeit zur Herbeiführung der wettigen Schule tatkräftig unterstützen durch weitere Anmeldung ihrer Kinder vom Religionsunterricht.

## Mieterversammlung.

Zu dem Bericht über die Mieterversammlung, den wir am Dienstag veröffentlichten, wird uns mitgeteilt, daß der Referent Esther heißt, und daß die Mietssteigerung von 80 Prozent nicht auf 30, sondern auf 50 Prozent erhöht ist. Es ist nachstehende Resolution zur Annahme gelangt: „Die am 10. Januar 1921 im Gasthof Neu-Reudnitz stattfindende Mieterversammlung der Stiftung (Meyersche Häuser), hält ihre in der Versammlung vom 2. Januar 1921 einstimmig gefasste Resolution voll aufrecht und lehnt jede durch das Mietsteigerungsamt festgelegte Steigerung über eine Mark nach wie vor ab.“ Außerdem hat in der Versammlung Genosse Hirschmeier über die Mängel auf dem Mietsteigerungsamt ausführlich referiert. Seine Schilderungen ließen das Mietsteigerungsamt Leipzig-Stadt, resp. dessen Geschäftsführung in einem recht merkwürdigen Licht erscheinen, vom Mieter schuß spürte man keinen Hauch mehr! Als weiterer Referent ergriß das Wort der Vorsitzende des Mieterverbandes Groß-Leipzig, Genosse F. Jensen, Gaußsch. Auch dieser Redner verurteilte scharf die allem sozialen Verständnis bare Sprachpraxis des Mietsteigerungsamtes Leipzig-Stadt. Der Redner rief die Mieterchaft auf zum Zusammenschluß in einer Organisation.

Die fällige Reichseinkommensteuer zu zahlen ist vom Rate durch eine Ende vorigen Monats erlassene öffentliche Mahnung aufgefordert worden. Die in der Mahnung angegebene Frist ist verstrichen. Die noch nicht gezahlten Beträge werden wie das Stadtsteueramt schreibt, ohne weiteres im Zwangsvollstreckungsverfahren eingezogen. Schriftliche Mahnungen werden nicht aufgestellt. Wer die Zwangsvollstreckung vermeiden will, zahle schließlich die etwa im Rückstand gelassenen Beträge. — Die Mahnung richtete sich nur an diejenigen, die einen Reichseinkommensteuerzettel angeholt haben. Von der großen Menge derjenigen, denen die Steuer vom Gehalt oder Lohn abgezogen wird, werden also nur wenige betroffen.

**Nantenempfänger.** Alters-, Unfalls-, Invaliden-, Witwen- und Maientenrentner, welche Antrag auf Gewährung der ehemaligen Beihilfe noch nicht gestellt haben, müssen dieses bis spätestens 18. Januar tun. Da diese Arbeiten unter Mitwirkung des Zentralverbandes der Arbeits-Invaliden- und Witwen Deutschlands geschieden sind, formulare beim Ortsgruppen-Vorsitzenden Max Richter, L-Schleißig, Jahnstraße 3, IV, zu entnehmen und werden von dort aus weitergegeben. Spätere Anträge werden nicht berücksichtigt.

**Die Arbeitschule.** Es gibt wenige Dinge im öffentlichen Leben, über die die Meinungen so ungleich sind, wie über die Arbeitschule methodisch. Für die Leipziger Bevölkerung ist eine Auflösung hier dieses Problems von besonderer Wichtigkeit, weil durch Bevölkerung der städtischen Körpermächten von Ostern 1921 an in Connewitz für den bisherigen Schulbezirk 51 eine Arbeitsverbeschule gegründet wird. Die U. S. P.-Zentrale der Elternräte hat deshalb Herrn Lehrer Otto Erler für einen Vortrag über Arbeitschulen gebeten und gewonnen, der am Dienstag, den 18. Januar, abends 6 Uhr, im Volkshaus stattfinden wird. Zum Belust dieses Vortrages sind nicht nur die Elternräte aller Fraktionen, sondern alle, die sich dafür interessieren, eingeladen. Eine Versammlung der Connewitzer Einwohnerchaft, in der ein Mitglied des künftigen Kollegiums der Verfuchsschule über deren unmittelbare Aufgaben sprechen wird, soll in Böhl folgen.

Zur Spaltung von Kindern in Leipzig schreibt uns der Ausschuss für die amerikanische Kinderhilfmission: Mit dem Wiedereinsetzen des Schulbetriebes nach den Weihnachtsferien hat auch die Spaltung der Schulkinder wieder begonnen. Durch eine Sonderauflistung von Lebkuchen von der amerikanischen Kinderhilfmission haben wir unseren Kindern eine verdeckte Weihnachtsfeier bereitstellen können. Die Lebkuchen sind am Mittwoch, den 12. Januar, zur Verteilung gekommen. Wir sind außerdem in der angenommenen Lage, durch eine Erhöhung der zu verliegenden Personenzahl auch Kinder von 2-8 Jahren zu beliefern. Wir wollen jetzt einen Versuch mit dieser Spaltung machen und damit zunächst den Weitertitel beginnen. Eltern aus den Weitorten, deren Kinder vorzeitig bedürftig erscheinen, wollen sich mit den Kindern am Dienstag, den 18. Januar 1921, vormittags in der Zeit von 9-10 Uhr, im Deutschen Haus in Lindenau, Lindenauer Markt 21, Eingang Saalportal, zu einer ärztlichen Unterstellung einfinden. Später soll dann auch in den übrigen Städten mit der Spaltung begonnen werden.

**Spende für den Heimatdank.** Vom Heimatdank wird uns mitgeteilt: Eine am 2. November 1918 im Schauspielhaus zum Besten der Hilfsklasse für Kriegsbeschädigte beim XIX. Armeekorps stattgefunden Wohltätigkeitsvorstellung hatte einen Ueberschuss von 4768.70 Mk. ergeben, der seinerzeit dem Verein Heimatbank für die Stadt Leipzig überwiesen worden war. Der Veranstalter hat jetzt bestimmt, daß der Betrag nebst den inzwischen aufgelaufenen Zinsen für nördl. ebd. verwendet werden soll.

**Die Geschäftsstelle:** Stadtkinder aus Vorp., durch deren Vermittlung im Jahre 1920 über 5000 erholungsbedürftige Kinder ausgesendet wurden, und die mit ihr vereinigte Deutsche Kinderhilfmission sind heute von Rudolphstraße 2 nach dem Stadthaus, Eingang Lotterstraße, Zimmer 621-623, im Erdgeschoss übergesiedelt.

**Internationale Mustermessen.** Wie uns die Handelskammer Leipzig schreibt, finden in Italien im Jahre 1921 in Wiederholung vorjähriger Veranstaltungen zwei internationale Messen und zwar in Mailand vom 12. bis 27. April und in Padua in der ersten Hälfte des Juni statt. Das Ausstellungs- und Messeamt der Deutschen Industrie in Berlin beabsichtigt, auf beiden Veranstaltungen im Falle genügender Beteiligung nach dem Muster früherer Einrichtungen deutsche Ausstellungsstellen zu organisieren. Die Anmeldefrist für die Beteiligung an den deutschen Ausstellungsstellen ist bis zum 17. Januar verlängert worden.

**Die 13 städtischen Speisenanstalten** haben im Monat Dezember im ganzen 98 264 Mahlzeiten verabreicht gegenüber 106 123 im Monat zuvor. In den 11 städtischen Speisenanstalten belief sich in der Woche vom 3. bis 8. Januar die Speisenabgabe auf 20791 Mahlzeiten gegenüber 12851 in der Woche zuvor.

**Die Volksschule,** eingetr. Verein, L-Reudnitz, Marschallstraße 3, ist am 3. Januar 1921 in den Besitz der städtischen Speisenanstalten übergegangen. — Die Geschäftsstelle der Speisenanstalten befindet sich Dorfstraße 3-4, nicht aber im Neuen Rathaus, wie vielfach angenommen wird.

**Kohlenausgabe für Arbeitslose.** Alle Besteller, die ihre Gutscheine für die freigegebenen Brüder schon abgeholt haben, müssen die Kohlen innerhalb 3 Tagen auf folgenden Ausgabestellen in Empfang nehmen: Bayerischer Bahnhof (Platz u. Co.) ab 12. Januar 1921 von früh 9 bis 4 Uhr, Plauwitz-Lindenau (Platz u. Co., Elisabeth-Allee) ab 12. Januar 1921 von 11 bis 4 Uhr und folgende Tage von 9 bis 4 Uhr. Die Nummern auf den Gutscheinen sind zu merken, da die weitere Belieferung unter denselben Nummern erfolgt. Die Gutscheine müssen für sämtliche Ausgabestellen in der Geschäftsstelle Gerberstraße 3, Hof links, Zimmer 2, sofort abgeholt werden.

**Der Arbeitslohnrat.** Die Betriebskrankenanstalt des Reiches in Leipzig, vormalige Militärische Betriebskrankenanstalt, befindet sich ab 12. Januar 1921 in L-Gohlis, Heerstraße 4, ehemaliges Bekleidungsamt XIX, Schuhmachereigebäude. Bankamt: Allgemeine Deutsche Creditanstalt, Dep. Kasse L-Gohlis, Postcheckkonto; Nr. 66937 Leipzig.

**Sozialistische Redereinigung Wahnen.** Zugunsten der Vortragsreihe: Das Wesen des Staates des sozialistischen Reden- und Lesetreibens Leipzig empfiehlt der geschäftsführende Ausschuß des

Mitgliedern den Besuch dieses Abends. Beginn pünktlich 11.8 Uhr im Spiegelsaal der Volkszeitung, Donnerstag, den 13. d. M.

Arbeiter-Esperanto-Bund, Leipzig, Volkshaus, Donnerstag, den 13. Januar, Vortrag des Genossen Nehme (Die Entwicklung der deutschen Sprache), Sonnabend, den 15. Januar, Generalversammlung, Anfang 12.8 Uhr, Vortrag in "Esperanto".

#### Lebensmittel-Verteilung an Arbeitslose!

Lebensmittel, Nährstoffe circa 1 Pfund enthaltend, zum Preise von 3.00 M. pro Büchse.

Verteilung: Donnerstag, den 13. Januar 1921 A-C, Freitags, den 14. Januar D-F, Sonnabend, den 15. Januar G-J, Montags, den 17. Januar K-M, Dienstag, den 18. Januar N-P, Mittwochs, den 19. Januar Q-R, Donnerstag, den 20. Januar S-U, Freitags, den 21. Januar V-Z, Sonnabend, den 22. Januar letzter Tag.

Ausgabe: Schlagdihof, Schanau II, Eingang Altenburger Straße, Stall K, vormittags von 9-12 Uhr nachmittags, Sonnabend von 9-12 Uhr gegen Vorzeigung der Stempelfäuste. Kleinabholung abgezinst verbleiben.

Der Kurzarbeiter ist eine betriebsweise Ausstellung unterzeichnet vom Betriebsrat und Arbeitgeber beizubringen. Die Abholung hat ebenfalls betriebsweise zu geschehen.

#### Der Arbeitslosenrat.

Vormünder und Lehrverträge. Wir machen die Vormünder, deren Mündel die Schule verlassen und einen Beruf erlernen wollen, darauf aufmerksam, daß die Lehrverträge vor dem und schaftsgerechtlichen Genehmigung bedürfen. Der Mündel ist vorher selbst vom Amtsgericht zu hören und ihm deshalb auszuführen. Der Lehrvertrag ist dem Amtsgericht vorzulegen, auch ist eine Urkunft davon, die bei den Amtien zu verbleiben hat, beizufügen.

#### Lebensmittelkalender für Donnerstag, den 13. Januar.

##### Für Haushaltungen.

Anmeldung. Kunstspelsfest: Letzter Tag — abzugeben Marken O der Landesfestscheine Reihe A (125 Gramm).

Ausgabe von Lebensmittelkarten an Arbeitslose: täglich von 9 bis 3 Uhr, A-C.

Kohlenausgabe für Arbeitslose ab 12. Januar und folgende Tage wie bekanntgemacht.

##### Für Händler.

Ausgabe der Flashenhäuse bei den bekanntgemachten Firmen: Nr. 1-700 des Berechtigungsausweises.

Kochmehl: Bezugsscheinentnahmen.

## Die Erwerbslojenfrage im Landtag.

9. Sitzung.

Dresden, 11. Januar 1921.

Haus und Tribünen sind gut besucht.

Präsident Fröhndorf eröffnet kurz nach 2 Uhr die Sitzung.

Auf der Tagesordnung stehen Anfragen und Anträge der Mehrheitssozialisten, Kommunisten und der Deutschen Volkspartei, die die

#### Erwerbslosenfürsorge

betreffen.

Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion lautet:

"Welche Erfolge haben die von der Staatsregierung unternommenen Versuche gezeigt, von der Reichsregierung höhere Reichszuschüsse zur Unterstützung der Arbeitslosen, der Kriegsopfer, Arbeiterrentner usw. zu erhalten?"

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt es zu einer kurzen

#### Geschäftsordnungsdebatte.

Von kommunistischer Seite wird behauptet, daß das Landtagsgebäude wieder polizeilich abgesperrt sei und die Demonstranten von der Polizei umzingelt waren. Der Kammerpräsident und der Ministerpräsident wurden erlöst, die Anordnungen rückgängig zu machen, zu welchem Zwecke die Sitzung eine halbe Stunde verlängert werden sollte.

Präsident Fröhndorf lehnt diesen Antrag rundweg ab.

Minister des Inneren Lipinski: Die Maßnahmen seien auf den engsten Kreis des Absperrungsgebietes beschränkt worden,

trotzdem hätten die Demonstranten die Polizeieite durchbrochen.

Der Antrag auf Unterbrechung der Sitzung findet seine ausreichende Unterstützung.

Abg. Siewert (Kom.) begründet den Antrag seiner Freunde,

wonach die Regierung sofort eine Verfügung erlassen soll, welche die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf das Existenz-

minimum vorsieht, und gleichfalls in diesem Sinne auf das Reich einwirken soll. Der Redner meint, erneut feststellen zu können, daß die beiden anderen Arbeiterparteien wieder nicht bereit gewesen seien, sich mit den Arbeitslosen zu verständigen und die polizeilichen Absperrungen zu verhindern. In der Sache selbst erläuterte er, daß die Arbeitslosen besonders unter der außerordentlich geringen Unterstützung leiden, die so gering sei, daß sie nicht im entferntesten das Existenzminimum erreiche. Die bürgerliche Gesellschaft möchte am liebsten die Arbeitslosenfrage lösen durch Erhöhung der Arbeitszeit.

Im kapitalistischen Staat werde das Elend der Arbeitslosigkeit nicht aufhören. Die Arbeitslosigkeit könne nur gelöst werden im schwersten Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft und gegen den Kapitalismus. Die Übernahme des Staatsapparates durch die Arbeiterparteien habe doch nur dann einen Sinn, wenn dieser Apparat restlos in den Dienst der Arbeiterchaft und der Arbeitslosen gestellt werde.

Die sächsische sozialistische Regierung müsse sich bereit erklären, den schwätesten Kampf gegen die Reichsregierung aufzunehmen, um die Gegenseite auf die Spitze zu treiben, damit es zu einer Entscheidung kommt. Dann begründet der Redner einen zweiten Antrag seiner Fraktion, der die sofortige Auszahlung einer Befreiung von 400 M. für ledige und 600 M. für verheiratete Erwerbslose, sowie die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 Prozent vorschlägt. Die Mittel für die Erwerbslosenunterstützungen sollen von den Unternehmen auf dem Wege des Umlageverfahrens gestellt nach der Höhe des Umsatzes und des Nettovergnusses der einzelnen Betriebe aufgebracht werden.

Abg. Minkwitz (D. W.) begründet kurz den Antrag seiner Fraktion, der Arbeitslosigkeit durch Beschaffung von Arbeit (Straßen- und Wasserbauten, Forstarbeiten, Landsiedlungen, Schaffung von Reichsaufträgen usw.) zu begegnen.

Arbeitsminister Jädel: Der Abg. Siewert hat die Lage der Arbeitslosen außerordentlich schwarz gemalt und ich kann keine Ausführungen nur unterstützen. Während im Reiche auf 1000 Beschäftigte 11 Arbeitslose entfallen, kommen in Sachsen an dieselbe Zahl Beschäftigte 30 Arbeitslose. Das sächsische Vogtland ist ein Notstandsbereich im schlimmsten Sinne des Wortes. Von 100 000 Einwohnern müssen etwa 30 000 von öffentlicher Unterstützung leben.

Wir sind nicht mehr weit von dem Zeitpunkt entfernt, wo man sagen kann, daß es sich hier um einen Bezirk handelt, dessen Bevölkerung langsam stirbt. Trotz dieser außergewöhnlichen Notlage des Plauener Bezirks hat ein Teil der bürgerlichen Presse in dieser Zeit eine wilde Hege gegen den Arbeitsminister initiiert, weil er den Arbeitslosen Verpflichtungen gemacht habe, die im Widerstreit zu den Reichsgefegen ständen. Selbst wenn es wahr ist, wie es nicht wahr ist, so bedeutet dieses Vorgehen der bürgerlichen Presse eine schwere Schädigung der sächsischen Interessen. (Lebhafte Sehr richtig!) Ich sage die bürgerlichen Parteien, aus deren Reihen die Männer der jungen Reichsregierung berufen worden sind, an, daß sie ihre Pflicht gegenüber den Arbeitslosen nicht voll erfüllt haben. Trotz der gewaltigen Preisrevolution ist die Arbeitslosenunterstützung seit Mai v. J. nur um 2 M. erhöht worden. Alle Forderungen der Kommunisten sind bereits in dem Antrage der sächsischen Regierung, der vor einigen Tagen an das Reichsarbeitsministerium abgegangen ist, enthalten, geboten aus den Interessen des gesamten Volkes. Wir haben auch das Reichsarbeitsministerium ersucht, die Arbeitslosenunterstützung entsprechend zu erhöhen: 15 M. im Höchstfalle mit entsprechenden Abstufungen, so daß durchschnittlich eine Erhöhung um 50 Prozent in Frage käme. Unter meinem Amtsvoränger hat das sächsische Arbeitsministerium keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um Verbesserungen anzurufen und Verschlechterungen hinauszuhalten. (Zuruf eines Teilhabebedürfners: Das ist nicht wahr! Der Präsident rügt diesen Zwischenruf.) Wo etwas für die Arbeitslosen herauszuschlagen war, so ist es stets seitens des früheren Arbeitsministers Heldt geschehen. Zu dem Antrage der Deutschen Volkspartei erklärt der Minister, daß selbstverständlich alles versucht werden muß, den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Allein kann die produktive Erwerbslosenfürsorge die Arbeitslosigkeit aber nicht beseitigen. Richtig ist, daß die kapitalistische Gesellschaft die Verpflichtung hat, den Arbeitslosen die Existenzmöglichkeit in geeignender Weise zu verschaffen. Der Abg. Siewert hätte recht, wenn wir den Staatsapparat im Reiche in der Hand hätten. Sachsen ist aber kein souveräner Staat. Sachsen ist nur ein Teil des Ganzen, neben ihm stehen andre Mitglieder, die anders wollen als wir. Deshalb gilt es, den Kampf gegen diese aufzunehmen. Die Tendenz Ihres Antrages zu den Kommunisten wird von uns durchaus gefürchtet, die Arbeitslosen werden aber auch nicht

halt, wenn Ihr Antrag angenommen wird, weil uns keine Mittel zur Verfügung stehen. Über die Einzelheiten noch im Ausschuß geredet werden. Die ganze Kraft der Regierung und der ganzen Bevölkerung des Landes, sowie der Arbeiterchaft und der edelstenen bürgerlichen Leute muß selbstverständlich eingesetzt eingesetzt werden, um das vom Reiche zu erzwingen, was zu tun das Reich verpflichtet ist. Wenn wir bessere Verhältnisse für die Arbeitslosen schaffen wollen, so gehört dazu die einzige proletarische Kraft. (Bravo!)

Abg. Hellisch (Soz.): Mit einem Satz aus der Rede des Abg. Siewert kann sich jeder, der es mit seinen sozialistischen Grundsätzen ernst nimmt, nicht einverstanden erklären. Mir geht es nicht weit genug, wenn der Abg. Siewert erklärt: Entweder hilft Ihr Bürgerlichen den Arbeitslosen oder Ihr tretet ab! Wie Sozialdemokraten: Ihr Bürgerlichen tretet auf alle Fälle ab, wenn Ihr auch jetzt den Arbeitslosen hilft! (Allgemeine Heiterkeit.)

Die richtig organisierte Wirtschaft hat keine überflüssige schaftende Hand. Unrechte Wirtschaftsordnung ist ein kapitalistisches Kollektiv geworden. Angeheuer grob ist die Zahl der Erwerbslosen geworden und noch unendlich viel größer das dahinter sich verborgende Elend. Die Arbeitslosigkeit ist keine breite Arbeitslosen-Angemessenheit, sondern ein allgemeines soziales Zwangsproblem, weil die Arbeitslosigkeit in ihrem heutigen Umfang und besonders in ihren schrecklichen Wirkungen eine Folge des Krieges und der jede Stabilität entbehrenden Wirtschaft ist.

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß bei steigender deutscher Wirtschaft die Arbeitslosigkeit überwunden sein wird, vielmehr ist zu befürchten, daß unzählige dann einzutretende, wenn nicht ganz lahmgelegt wird. Wir haben wahrscheinlich noch lange mit hohen Arbeitslosenziffern zu rechnen. Eine Änderung der Verhältnisse wird erst dann eintreten, wenn wir den Staat aus einem großen Schuldner zu einem großen Gläubiger machen. Reich und Staat stehen mit ihren tapferen Steuererträgen jetzt als arme, bedauernswerte und kreditarme Schulden vor dem Auslande dar. Wenn es anders werden soll, müssen Reich und Staat beginnen, ihre Steuern in Gestalt von Teilen des freien Kapitals erheben, so machen sie sich zu Mitbesitzern des privaten Kapitals und im Produktionsprozeß bleibt das Kapital an seinem Platz. Die Wegsteuerung eines Teils des verbliebenen Kapitals legt jetzt aber viel Industrien direkt fahrläufig und muß ihnen den Aufstieg ihrer Produktion unmöglich machen. Um rasch Hilfe zu bringen, muß zunächst ein Notbehelf geschaffen werden: Die Erhebung einer Arbeitslosensteuer in Form einer Gewinn- oder Dividendensteuer.

Jeder Vorschlag, der zur Lösung der Arbeitslosenfrage gemacht worden ist, hat bisher immer den Widerstand der deutschen Unternehmer, besonders der deutschen Industriellen gefunden. In ihren Organen wird sogar in der standhaftesten Weise über die Arbeitslosen hergezogen. (Zuruf rechts: Ist nicht unser Organ!)

Der Antrag der Kommunisten wendet sich an die falsche Adresse. Der sächsische Staat kann allein diese Forderungen nicht erfüllen. Das haben sogar bei der Konferenz am letzten Donnerstag die Arbeitslosen eingesehen. Die kommunistische Fraktion hat die Arbeitslosenfrage allzu sehr zur Agitationssache gemacht. (Lebhafte Sehr richtig!) Die Vorgänge im Reiche in den letzten Tagen zeigen, daß Sie (nach links) die darbietenden, seelisch erschütterten Arbeitslosen schänden mißbrauchen. (Sehr richtig!) Wir müssen den Arbeitslosen sagen: Nicht durch Streikdemonstrationen, nicht durch Vernichtung von Fabrikstören und auch nicht durch gewaltsame Auflösung von Fabrikstören kann euch geholfen werden, sondern nur durch eine zweimäßige Umgestaltung der Finanz- und Wirtschaftspolitik im Reiche kann die Arbeitslosenfrage gelöst werden. Ich hoffe, daß aus der Summe der Anträge etwas Gesetzliches bei den Ausschusssitzungen herauskommt. Den Arbeitslosen muß geholfen werden. Aber der Weg, den die Kommunisten zeigen, ist nicht gangbar. Ihr Antrag ist auf parteiigegnerische Agitationspolitik eingestellt. Wir müssen versuchen, unseren Einfluß im Reiche nutzen zu machen. Unsre Wirtschaftspolitik muß so umgestellt werden, daß nur wenige schaffensfähige Hände zu ruhen haben. Ist das Proletariat einig, dann ist es nicht nötig, zu einer bürgerlichen Reichsregierung zu fahren. Bringen Sie die Arbeiterchaft unter ein Dach und unter ein einheitliches Prinzip, dann wird uns gelingen, das zu erreichen, was im Interesse der Arbeitslosen erreicht werden muß. Nur mit sozialistischer Hilfe ist es zu schaffen, anders schaffen wir es nie! (Zuruf bei den Soz.)

# ALTHOFER

## Inventur - Ausverkauf

### Damen-Konfektion

Waschblusen praktische Haushaltblusen, Inventurpreis	32 <sup>50</sup>	Seidenblusen aus Paillette, Crepe de Chine Inventurpreis 125.00	95 <sup>00</sup>
Kostümrocke prakt. mollige Stoffe, be- sonders tragt, kräftige Ware, Inventurpreis 98.00	78 <sup>00</sup>	Mäntel feste Formen, tadellose Verarbeitung. Inventurpreis 275.00	190 <sup>00</sup>
Wollkleider Kammgarn, Popelinequali- täten, neue Formen, mo- derne Farben, Inventurpreis 850.00	375 <sup>00</sup>	Jackenkleider gute rohwollene Quali- täten, auf Seide goldiert, Inventurpreis 925.00	475 <sup>00</sup>

### Kinder-Konfektion

Knaben-Anzüge Schluß- u. Prinz-Hinrich- Form, aus dunkelbl. Woll- stoff, in Mayolüberkratzen, Größe 1-7. Inventurpreis	98 <sup>00</sup>	Knaben-Anzüge Sport-Form aus dunkelbl. Wollstoff, auf Futter ge- arbeitet, vorläufig Gr. 8-12 Inventurpreis Gr. 8	220 <sup>00</sup>
Knaben-Mäntel Rostbest. mod. Form a. mol. Wollstoffen. Inventurpreis	50 <sup>00</sup>	Baby-Kleider aus dunkelblauem Woll- Crepe mit Handstickerei Inventurpreis	73 <sup>00</sup>
Mädchen Kleider aus kar. Stoffen mit blau, Paspel- u. Knopfgarn, vor- Gr. 00-35 Inventurpr. Gr. 00	115 <sup>00</sup>	Mädchen-Mäntel mod. Form, groß, Kragen, aus kar. Wollstoff, vorläß. Gr. 70-110 Inventurpr. Gr. 70	132 <sup>00</sup>

### Trikotagen

Normal-Herren-Hemden wollgemischt, Inventurpr. 45.00 42.00	39.00
Normal-Herren-Hosen wollgemischt . . . Inventurpreis 39.00	37.00
Einsatz-Herren-Hemden Mako mit. mit schönen Zephir-Windzetteln Inventurpreis	42.50
Damen-Schlupfhosen Baumwolle in schönen Farben Inventurpr.	19.75
Damen-Hemdshosen weiß, Baumwolle, gestrickt ohne Arm Inventurpreis 28.50	24.25
Kinder-Anzüge dauerhaft gestrickt, rohfarbig, langer Arm Inventurpreis 12.75 11.75 10.75	9.75
Blusenshioner reine Wolle, weiß und farbig . . . . .	39.50

Damen-Strümpfe extra lang, Baumwolle, nahtlos, verzweigte Ferse<br
---

Abg. Menke (USPD): Zu einer durchgreifenden Hilfe und wieder der sächsischen Staat noch die sächsischen Gemeinden inslande, sie müßten geradezu verbluten. Es würde zudem geradezu einen Verderb der Arbeitslosen bedeuten, wenn Staat und Gemeinden den Kommunisten folgen würden, denn es würde ihnen der Reichszuschuß entzogen und damit das Elend der Arbeitslosen nur noch verschärft werden. Alle Anträge auf ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen müssen unverzüglich an das Reich weitergeleitet werden. Die Anträge der Kommunisten erwecken den Anschein, als ob in jenen Kreisen, entgegen ihren bisherigen Auslassungen, die Kraft und Fähigkeit des Landtags vollständig verkannt wird, was um so mehr verwundern muß, als sie drausenden Arbeitslosen sagen, der sächsische Landtag sei nichts weiter mehr als ein Verwaltungssapparat. Theorie und Praxis sind also bei Ihnen zweierlei. Die Kommunisten wissen es auch ganz genau — sie haben das selbst angegeben —, daß die Regelung der Arbeitslosenunterstützung Sache des Reiches ist. Wir können nur veranlassen, daß die sächsische Regierung mit aller Entschiedenheit von der Reichsregierung eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung fordert. Allerdings braucht man kein Prophet zu sein, um im voraus sagen zu können, was die Reichsregierung darauf antworten wird; Es ist kein Geld da! Dann muß ihr aber auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Wenn zur Sicherung der Machtstellung der Reaktion Mittel vorhanden sind, wenn Geld vorhanden ist, nur für die Reichswehr 5 Milliarden auszubringen, so muß auch Geld vorhanden sein zur Linderung der Not der Arbeitslosen. Für die am schwersten leidenden sächsischen Bezirke müssen besonders Maßnahmen getroffen werden. Unter Umständen muß der sächsische Staat selbst eingreifen durch Notstandserklärungen Zulässe zu kaufen usw. Da die Angelegenheit so schnell als möglich erledigt werden muß, beantragen wir die Überweisung der Anträge an den Haushaltsausschuss B.

Das Arbeitslosenproblem kann überhaupt nicht restlos gelöst werden durch den Staat, sondern nur durch eine Umgestaltung der Wirtschaft in sozialistischem Sinne. (Zuruf des Abg. Rennert.) Wenn es zu einem Konflikt mit dem Reiche kommt, befürchte ich, daß Herr Rennert ebenso aus Sachsen aussteigt, wie er aus Rheinland-Württemberg ausgerissen ist. (Heiterkeit, Lachen bei den Kom.)

Wir erkennen das Recht der Gewerkschaften auf die Straße an. (Zurufe bei den Kom.) Ja, Ihr demonstriert ja auch nicht mit. Ihr seht Euch in die Cafés, wenn die Massen auf der Straße sind. (Große Heiterkeit; erregte Zwischenrufe der Kom.) Den Kommunisten kommt es darauf an, ihre leichten Reihen zu füllen, und dazu sind Ihnen die Arbeitslosen gerade gut genug. Die Kommunisten haben am letzten Donnerstag durch Handarbeit die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter aufgefordert, mit den Arbeitslosen auf die Straße zu gehen, ein Gebaren, gegen welches sich selbst der Gewerkschaftsrat gewendet hat. Wenn es Ihnen (außer diesen Linken) wirklich ernst ist, die Not der Arbeitslosen zu mildern, so müssen Sie anders vorgehen. Wie müssen uns im Interesse der Arbeitslosen zusammenfinden, ganz gleich, ob APPD, USPD, oder SPD, um durch eindrückliche Kundgebungen des gesamten Proletariats etwas zu erreichen. Erst durch die Erfolgserreichung der politischen Macht sind wir in der Lage, dem Nebel zu steuern. In jährem, maßwurstartiger Arbeit muß die heutige Gesellschaftsordnung unterminiert werden, um an Ihre Stelle die sozialistische Wirtschaftsordnung zu legen. Dann werden wir auch dazu kommen, die Verfassung zu ändern, denn auch für uns ist die Verfassung nur ein stillschalen Pavillon. (Hört, hört! rechts.) Sie (nach rechts) haben gar keine Urfache, sich darüber aufzuregen, denn auch Sie mit Ihren Mörderzentralen und geheimen Waffenlagern pfeilen auf die Verfassung, und wenn Sie

heute anders gehörden, so ist das nichts weiter als eine Heuchelei! (Bravo! bei der USPD; der Präsident rätzt den Ausdruck Heuchelei.)

Ein Regierungsvertreter spricht über den Vorschlag zur Bildung eines Ausgleichsfonds für Zahlung der Erwerbslosenfürsorge, bleibt aber auf der Bresche. Ein Regierungsvertreter spricht über den Vorschlag zur Bildung eines Ausgleichsfonds für Zahlung der Erwerbslosenfürsorge, bleibt aber auf der Bresche.

Abg. Bauer (Dnat. Bd.): Wir lehnen den Antrag der Kommunisten ab, da die Erwerbslosenfürsorge Sache des Reiches ist. Die Regierung muß sich bemühen, für Sachsen oder doch für einzelne Leistungsschwäche Bezirke, insbesondere das Vogtland, eine Erhöhung der Beihilfe zu erwirken. Weiter aber möge die Regierung alles tun, um durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit, durch Unterbringung von Arbeitslosen in der Landwirtschaft usw., die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern.

Abg. Dr. Neinheld (Dem.): Wir erkennen die Notlage der Erwerbslosen voll und ganz an und werden die Regierung in allen Bemühungen unterstützen, die geeignet sind, beim Reich für Sachsen zu wirken. Wie wollen, daß die Art an die Wurzel des Nebels angelegt wird, können aber dem Arbeitsminister und dem kommunistischen Redner bei ihrem Abschluß des Kapitalismus nicht folgen. Die Weltwirtschaftskrise habe andre Ursachen, als fiktiv anzunehme. Nur eine Lösung sei möglich, nämlich der endgültige Eintritt des Weltfriedens. Mit dem Antrag der Deutschen Volkspartei seien seine Freunde einverstanden.

Minister des Innern Olypinck vertheidigte, daß von der Regelung alles getan wird, um die Bautätigkeit zu beleben und die produktive Erwerbslosenfürsorge zu fördern.

Abg. Dr. Höhlschmann (Dnat. Bd.) erkennt die Not der Arbeitslosen an und ist auch davon überzeugt, daß die Mehrzahl der Arbeitslosen nicht aus Faulzatern besteht. Zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit müsse der Staat weit mehr als bisher tun. Der Vorschlag Hellschmids über Steuererhebung in Goldmark bedeute nichts andres als eine Aufzehrung der Betriebe und dadurch eine Vergewaltigung der Arbeitslosennot. Unbedingt nötig sei die baldige Einführung der Arbeitslosenversicherung.

Abg. Graß (Kom.) verteidigt nochmals die Anträge seiner Partei unter Verherrlichung der russischen Zustände, erreicht aber mit seinen Ausführungen ständige Heiterkeit im Hause. Er läßt mit den Woren, daß er den Erwerbslosen, die ihre Lage verbessern wollen, nur ratzen könne: Kühnheit, Kühnheit, Kühnheit! (Händeklatschen auf den Tribünen. Der Präsident droht mit Räumung.)

Die Anträge werden gegen die Stimmen der Kommunisten an den Haushaltsausschluß verwiesen.

In vorigerüder Abendstunde begründet dann noch Abg. Grube (Kom.) den Antrag auf Wiedereinstellung der durch die Ausspeisung gemahrgestraften Arbeiter der sächsischen Waggonfabrik in Werda und einen Zuschantrag auf Bildung eines Wirtschaftsausschusses, ohne dessen Zustimmung kein Unternehmer seinen Betrieb schließen kann.

Ministerialrat Haak antwortet darauf, daß die Regierung nicht die Möglichkeit der Durchführung der gewünschten Maßnahmen auf geistigem Wege habe, und stellt fest, daß die Verhältnisse in der Waggonfabrik anders liegen als sie der Vorredner geschildert hat. In seinem Bestreben, möglichst viel Arbeiter wieder einzustellen, sei er von den beiden Vorsitzenden des Metallindustriellenverbands unterstützt worden. Man habe dem Direktor den Revolver auf die Brust gelegt und einen Metzger, der ein angehängtes kommunistisches Flugblatt abgenommen, mit Totschlag bedroht. Die Verhandlungen mit den Arbeitern seien nicht leicht gewesen. Ein Gewerkschaftssekretär, der vermittelte wollte sei verprügelt worden.

Abg. Dr. Gaaert (Dnat. Bd.) führt die Begründung in der Werbauer Waggonfabrik auf den unwillkürlichen Einfluß Grubes zurück, der eine Menge Schüler gefunden habe.

Gegen die Stimmen der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten, die sich bei der bereits stark eingetretenen Leere des Hauses in der Minderheit befinden, wird der Antrag der Kommunisten abgelehnt.

Schluss 8½ Uhr abends. — Nächste Sitzung: Mittwoch, 1 Uhr.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Die Arbeitslosenredebatte.

Gestern standen im Landtag die Anfragen und Anträge zur Tagesordnung, die sich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit befassen. Im Gegensatz zu den stürmischen Vorgängen am letzten Donnerstag verliefen die Verhandlungen sehr ruhig. Die Kommunisten hielten zwar die Absicht, genau wie einige Tage vorher, zu Beginn der Sitzung einen Stinkdampf zu inthenieren. Aber die Spekulation auf die Mitwirkung der Tribünen war blosmal ohne den geringsten Erfolg. Herr Sievert beantragte, die Sitzung zu vertagen, und die Abberungsmaßnahmen der Polizei zurückzuziehen. Das Ministerium lehnte das ab, weil die Sicherung des Parlamentsgebäudes rechtmäßig geregelt sei und — wie Lipinski mitteilte — der Kreis der Abstimmung so eng wie möglich bemessen und den Arbeitslosen der Theaterplatz für ihre Versammlung freigegeben worden sei. Trotzdem verlangten die Kommunisten sehr lebhaft die Abstimmung über ihren Antrag, die jedoch unterblieb, weil der Antrag nicht hinreichend unterstützt wurde. Selbst einige der Kommunisten hatten ganz verlossen, sich für ihren Antrag zu erheben.

Was zur Begründung der kommunistischen Anträge gesagt wurde, war nicht nur sehr mager, sondern zum Teil auch typisch für die Verwirrung und Unklarheit der Antragsteller. Wenn Herr Sievert auf der einen Seite dem Bürgerkum den „Kampf Mann gegen Mann bis zur Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaft“ ankündigt, auf der andern Seite aber auf den Ausweg kam: Entweder die Vertreter des kapitalistischen Bürgertums helfen den Arbeitslosen, oder sie treten ab, so wirkt diese „Grundzähligkeit“ mehr als lächerlich. Und der Rechtssozialist Hellschmidt konnte mit Recht darauf hinweisen, daß dieser Ausweg keinem Sozialisten weit genug gehen könnte, denn der Kapitalismus müßte auch dann noch überwunden werden, wenn er vorübergehend die Not der Arbeitslosen mildern sollte.

Dieser als von den Kommunisten wurde das Problem der Arbeitslosenfürsorge von den übrigen sozialistischen Rednern erfaßt. Sowohl der Arbeitsminister Jäkel sowie Genosse Menke und der Rechtssozialist Hellschmidt wiesen darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit eine notwendige Folge der kapitalistischen Produktion ist und nur gemeinsam mit dieser überwunden werden kann. Bevor diese radikale Lösung kommt, kann den Arbeitslosen

# Studentenflux

# Ausverkauf

in allen Abteilungen

Die gesamten Bestände sind im Treise bedeutend herabgesetzt

Die Preise liegen

vielfach weit unter Einkauf

# 20% Rabatt

für kann geholfen werden, wenn das gesamte Parteiwerk ohne Unterschied der Parteipräferenz für eine bessere Regelung der Erwerbslosenfürsorge eintritt, nicht aber durch Versprechungen, deren Durchführung unmöglich ist. Genossen Mende geholt speziell noch die schamlose Ausnutzung der Arbeitslosen für die engen Partei-zwecke der Kommunisten.

Die bürgerlichen Vertreter zeigten in Worten ein nach rechts immer „mehrwohl“ werdendes Wohlwollen für die Arbeitslosen, das aber einen merkwürdigen Beigeschmack bekam durch die Angriffe auf den Abschüttentag und die Empfehlung einiger recht merkwürdiger Rezepte, in denen besonders Herr Hirschmann von der Deutschen Volkspartei die Tiefgründigkeit seiner ökonomischen Kenntnisse offenbart.

Der Rest der Debatte wurde von zwei Kommunisten bestritten. Herr Granz behandelte die Dinge mit einer Oberflächlichkeit, die zu dem Ernst der Sache in auffälligem Gegensatz stand. Herr Granz hat entdeckt, daß die Weltgesellschaft ihren Gang geht, weil die Menschen darin herumtapsen und weil diese Menschen Gehirne haben. Stilistische Heiterkeit ernste er mit der Behauptung: Wir Kommunisten sind die ehrlichen. Sein Parteifreund Sievert erbrachte einen Beweis für diese „Ehrlichkeit“ dadurch daß er trotz aller gegenteiligen Beweise die Wahrheit durch die Behauptung vergewaltigte, die beiden sozialdemokratischen Parteien hätten von dem Arbeitslosenrat den Auftrag bekommen, den Arbeitslosenantrag einzubringen, hätten dies aber abgelehnt. Genoss Müller konnte die Unwahrheit dieser Behauptung an der Hand eines Schriftstückes sofort nachweisen.

Sämtliche Anträge wurden dem Finanzausschuß überwiesen mit dem Ersuchen, die Angelegenheit besonders schnell zu erledigen.

#### Beratungsstellen für Geschlechtskrankheiten.

Die Nachrichtenstelle in der Staatsanzelei teilt mit: Die Geschlechtskrankensorge ist eine der Aufgaben, die sich die Landesversicherungsanstalt Sachsen im Interesse der Volkswohlfahrt gestellt hat. Sie unterhält zu diesem Zweck insgesamt zwölf Beratungsstellen für Geschlechtskrankheiten, wo derartige Krankheiten unter Wahrung völkerlicher Verantwortlichkeit fachärztlich untersucht und, wenn möglich, ärztlicher Behandlung zugeführt werden. In den Beratungsstellen selbst findet eine Behandlung dagegen nicht statt. Welchen Nutzen diese Beratungsstellen bisher geschaffen haben und wie dringend nötig sie waren, geht aus den neuen von der Landesversicherungsanstalt ermittelten statistischen Jahren hervor. Allein bei den drei Beratungsstellen Dresden, Leipzig und Chemnitz wurden im Jahre 1918-1920, im Jahre 1920 aber 13 556 geschlechtskrank Personen beraten und in den weitauft meiststen Fällen war eine ärztliche Behandlung nötig, die dort wo es sich um Kassenmitglieder handelte, von der Kassenärztlichen übernommen wurde. Für Minderbemittelte, die keiner Kasse angehören, hat allein im Jahre 1920 aber die Landesversicherungsanstalt das Heilsverfahren in 2172 Fällen auf eigene Kosten durchgeführt.

Diese Zahlen sprechen eine berechtigte Sprache, und es ist nur zu wünschen, daß die Scheu, die viele Geschlechtskrankheiten von dem Besuch der Beratungsstellen noch immer abhält, einer gesunden Einstellung weichen möge, denn es liegt klar auf der Hand, daß die Zahl der Geschlechtskrankheiten eine weit höhere ist, als aus den oben genannten Ziffern hervorgeht.

#### Selbstmord eines Liebespaars auf den Schienen.

Blauen i. B. Der Schlosser Paul Heine aus Blauen hat sich mit dem 17 Jahre alten Dienstmädchen Emma Röder von einem Zug überfahren lassen. Beide waren der Hoff vom Rumpf getrennt worden. Beide hatten sich Hand in Hand verschlungen auf den Schienen niedergelassen. In einem hinterlassenen Brief befanden die jungen Leute, daß sie ihrem Leben freiwilzig ein Ende machen wollten, weil ihre Verheiratung sich unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg gestellt hätten.

#### Boden in Blauen.

In den letzten Tagen sind hier drei Fälle von echten Boden gemeldet worden, die miteinander im Zusammenhang stehen. Gegen die Weiterverbreitung der Seuche sind umfassende Maßnahmen getroffen worden.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Zur Kaufmannsgerichtswahl!

Oft genug hörte man früher vor den alten bürgerlichen Handlungsgesellschaftern, daß die Angestellten wie Stiefkinder in der Sozialpolitik behandelt werden. Dabei ist die Frage berechtigt, ob der Gehege allein daran Schuld ist. Das ist nicht der Fall. Die Angestellten selbst fragen die meiste Schuld, weil sie sich

Organisationen anschließen, die eine ausgesprochene Arbeitgeberpolitik betreiben. Sind es nicht die bürgerlichen Verbände, wie der Deutsch-nationale Handlungsgesellschafterverband und der Verband Deutscher Handlungsgesellschafter, die auch jetzt noch versuchen, den Angestellten einzureden, daß die im Wirtschaftsleben ganz besondere Rolle einnehmen. Man glaubt die Angestellten besonders zu schmeicheln, wenn man ihnen sagt, sie seien die Vertrauensleute der Chefs und könnten daher mit den übrigen Arbeitern keine gemeinsame Sache machen. Die Freude über diese „Erziehung“ war bei den Unternehmern groß, denn durch diese „Erziehungsarbeit“ befamen sie billigere und willigere Arbeitskräfte. Vielfach verdienten die Angestellten nicht einmal soviel wie die Markt-helfer. Deshalb sind die Unternehmer auch bestrebt, diese wirtschaftsfriedlichen Verbände in jeder Weise zu begünstigen.

Die Organisation, die sich immer in den Kreisen der Mitglieder am radikalsten gehabt, ist der Deutsch-nationale Handlungsgesellschafterverband. Hört man die Reden seiner Vertreter, möchte man glauben, er habe alles gemacht. Sicht man sich aber die Handlungen seiner Vertreter an, wird man sofort eines anderen belehrt werden. Es ist bezeichnend, daß Herr Thiel vom DHB mit Herrn Hugo Stinnes, dem Großindustriemagnaten Deutschlands, in einer Reichstagss-Faktion sitzt.

Der vielen Leipziger Angestellten bekannte Herr Brost war ja ebenfalls Parlamentsvertreter der Deutsch-nationalen Volkspartei. Der Deutsch-nationale Handlungsgesellschafterverband hat es von jeher verstanden, mit einer marktschreierischen und demagogischen Reklame einen Teil der Handelsangestellten zum Vorteil des Unternehmers irre zu führen. Da der Deutsch-nationale Handlungsgesellschafterverband von jeher ein Gegner der Frauenarbeit ist, ist es nicht verwunderlich, daß er im Jahre 1901 sich über die weiblichen Angestellten wie folgt äußerte: „Die Wahlbarkeit der Frauen zu den Gewerbegelehrten ist allerdings ausgeschlossen, denn bei aller Verehrung vor dem weiblichen Geschlecht muß doch gesagt werden, daß ihnen die Parteilichkeit schon in der Muttermilch angekränkt wird, weshalb Frauen wohl ausgezeichnete Anwälte, aber niemals Richter sein können.“

Seine Demagogie geht sogar soweit, daß er in derselben Broschüre und in denselben Abmängen einen Entwurf über die laufmännischen Schiedsgerichte anführt, nach dem die Frauen von jeder Wahlberechtigung ausgeschlossen werden sollten.

Im Dezember 1903 brachten die dem Deutsch-nationalen Handlungsgesellschafterverband nahestehenden antisemitischen Abgeordneten Lippmann, Liebermann von Sonnenberg und Graf von Reventlow einen Gesetzentwurf ein, in dem die Handlungsgesellschafterinnen von der Gleichberechtigung ausgeschlossen werden sollten.

Der Deutsch-nationale Handlungsgesellschafterverband bezeichnet sich auch heute noch als Männerverband, weil er sich gegen die Frauenarbeit in im Handelsgewerbe auspricht. Die vielen im Handelsgewerbe beschäftigten weiblichen Angestellten können sich von solchen Vertretern auf eine ganz eigenwillige Rechtsprechung gefaßt machen. Wie kann ein Urteil des Kaufmannsgerichts ausfallen, wenn es von einem Gegner der Frauenarbeit im Handelsgewerbe mit gefaßt wird?

Der Deutsch-nationale Handlungsgesellschafterverband erscheint jetzt unter dem Namen: Gewerkschaftsbund laufmännischer Angestelltenverbände, und zwar deswegen, weil er nicht allein auftritt. Der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten soll ihm die Stimmen der weiblichen Angestellten entziehen. Die so genannte Organisation ist aus genau demselben Holze geschnitten. Sieht man sich die einzelnen Mitglieder dieser Organisationen an, so sind es vielfach Töchter von Arbeitervätern. Sollten sich diese weiblichen Angestellten als Vorwand für die vordem erwähnte Organisation missbrauchen lassen, so leisten sie der schwärzesten Realpolitik Hilfsdienste.

Kolleginnen und Kollegen! Klärt ganz besonders die weiblichen Angestellten auf, damit sie sich nicht von diesen Organisationen als Schleimacher der großen Schädlinge der Angestelltenbewegung missbrauchen lassen.

Zentralverband der Angestellten Leipzig, Braustraße 17.

#### Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Um einen Ausgleich zwischen den in den letzten Monaten weiter gestiegenen Lebenshaltungskosten und den derzeitigen Löhnen zu schaffen, überreichte der Zentralverband unseres Verbandes, auf Beschlusssitzung einer am 6. Januar 1920 stattgefundenen Städtekonferenz, den Unternehmern eine Forderung auf Erhöhung der bestehenden Löhne um 20 Prozent der vertraglichen Durchschnittslöhne, um die Arbeiterschaft vor vollständiger Verelendung, der sie nahe sind, zu schützen. Die darauf bezüglichen direkten Verhandlungen der Parteien führten zu keinem Ergebnis da sich die Arbeitgeber vollständig ablehnend verhielten, so daß sich das Reichsarbeitsministerium dieser Sache annahm, um größere Kämpfe im deutschen Holzgewerbe zu verhindern, und ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Unparteiischen berief, das den Parteien einen Vergleichsvorschlag zur Annahme empfahl, in dem den Kollegen das bestehende Zusammenspiel von 10 Prozent

für die über 22 Jahre alten und 5 Prozent für die unter 22 Jahre alten und alle Frauen gemacht wurde.

Wenn man das schon als das Allermindste betrachten könnte, was unter den gegebenen Verhältnissen hätte gezahlt werden müssen, so erlebten unsre Kollegen doch eine arge Enttäuschung. Die Unternehmer, die in Berlin zur Generalversammlung zusammenkamen, ließen jedwedes Verständnis für die Not der Arbeiter vermissen und lehnten auch diesen Vergleich mit Mehrheit ab. Darauf erhoben, wie in andern Orten, so auch in Leipzig die Holzarbeiter die alte Forderung auf 32 1/2% Grundlage, zahlbar ab 1. 12. 1920. Bei den hierauf bezüglichen ersten Verhandlungen verlangten die Arbeitgeber die Liquidierung unserer Ansprüche vom Frühjahr 1920, um die noch auf dem Gewerbe-gericht gefallene 5 Prozent für Männer und Frauen unter 22 Jahren gezahlt werden. Dieses Anstreben lehnte eine gut besuchte Versammlung mit Entschluß ab und beauftragte die Verwaltung, erneut Verhandlungen einzuleiten, die dann am 7. Januar 1921 stattfanden, wo die Arbeitgeber ihre Bedingung für die Gewährung einer Zulage fallen ließen und nunmehr ihr vormaliges Angebot: ab 3. 1. 1921 10 bzw. 5 Prozent auf den bestehenden Lohn zu zahlen, erneuerten. Dem stimmte eine Versammlung der in Frage kommenden Arbeiter nach heftiger Auseinandersetzung nur unter der Voraussetzung zu, daß in Bälde eine Neuregelung der unzulänglichen Löhne erfolgen wird.

An den Kollegen in den Betrieben ist es nun, dafür zu sorgen, daß die neuen Vereinbarungen überall zur Durchführung gelangen. Geschäftsstelle des Holzarbeiterverbandes, Leipzig, Gerberstraße 1, II. Telephon 3497.

#### Unternehmerpraktiken.

Mit den Zeitungsverlegern besteht ein Vertrag, der für die Trägerinnen einen Ruhetag in der Woche vorsieht. Schon das Leipziger Tageblatt hat durch Gewährung von Extraentlastungen versucht, seine Trägerinnen von der Einhaltung des freien Tages abzuhalten und hat es leider auch erreicht. Dieser traurige Ruhm läßt die Leipziger Neuesten Nachrichten nicht ruhig schlafen und unter Umgehung der Organisation wurden heute morgen den Trägerinnen der L.N.N. zwei Stimmzettel mit dem notwendigen Begleitschreiben in die Hand gedrückt. Unter Verwendung von erhöhten Trägerlöhnen versucht man die Trägerinnen rumaufrütteln, daß sie auf ihren Ruhetag verzichten.

Das ist der ganze Zweck der Uebung. Der Profit ist in Gefahr und alle Mittel sind recht, ihn zu retten. Dies Gebaren muß niedriger gehängt werden. An den Trägerinnen wird es liegen, den L.N.N. die richtige Antwort zu geben. Das kann nur eine Nicht-Teilnahme an der Abstimmung sein.

Deutscher Transportarbeiterverband (Verwaltungsstelle Leipzig).

#### Zum Streit auf den Thyssenwerken.

Wie die Verwaltung der Thyssen-Hütte mittelt, wird die Hütte für belastete Betrieb wieder eröffnet, da sich im Laufe des heutigen Tages Tausende von Arbeitswilligen zur Arbeit gemeldet hätten. Der Streit auf den Schachtanlagen im Hamborner Bezirk ist so gut wie beendet.

Der Streit war von unverantwortlichen Leuten angestellt worden. Die Gewerkschaften und die Parteileitungen der U.G.P. und S.P.D. haben eine Erklärung dagegen veröffentlicht.

#### Briefkasten der Redaktion.

S. H., 2. Kind, Klosterstr. 1. Die 2000 M. sind laut Testament an die Verwandten zu zahlen. Die Beerdigungskosten sind natürlich von den Erben zu tragen.

W. D. 100. Der Vater hat keinen Anspruch auf das Kind. Falls die Erziehung zu wünschen läßt, ist der Vormund daran hinzuzweisen. — 2 M. Parteidose.

H. S. An das Finanzamt zu Leipzig. — 2 M. Parteidose.

R. S. 1. Nein. 2. Maßgebend ist der Grad der Invalidität.

3. Ja.

R. 10. Das Pfandhaus gibt Ihnen keine Ausgabe. Führen Sie Klage auf Herausgabe der Betten für das Kind.

D. G. 1922. Bei der Entlassung wird dem Kind nicht mehr belastigegegeben, als es jetzt schon weiß. In das Entlassungzeugnis kommt der Name, den es laut Geburtsurkunde führt. — 2 M. Parteidose.

H. B. 28. 1. Ja, insbesondere dann, wenn der Hauswirt den Zustand der Kellerfürtannte. 2. Ja, nach einer Aufforderung, in der dem Wirt noch eine bestimmte Frist gelassen wird.

P. 14. 1. Die Entscheidung des Wiedereinigungsamtes ist endgültig.

M. 530. Der Betrag richtet sich nach dem Stand der Mutter. Es werden bereits monatlich bis über 100 M. gezahlt. — 2 M. Parteidose.

W. P. Das ist uns nicht bekannt.

# Inventur-Ausverkauf

zu bedenklich ermäßigten Preisen in allen Abteilungen

# Gustav Steckner

#### Umtliche Bekanntmachungen.

##### 1500 Mark Belohnung!

In der Nacht zum 11. d. M. sind aus einem Kontorraum in der Pfaffendorfer Straße

3 „Mercedes“-Schreibmaschinen, Nr. 52900, 55612 und 58546, die erste mit schwarzer, die beiden anderen mit violettem Farbband, sämtlich mit der Firma Bezeichnung „G. Milius, Leipzig“.

2 Damenarbeitsmäntel, einer aus weißem und einer aus hellblauem Schurwollstoff mit dunkelblauen und weißen Streifen gestohlen worden.

Bei Wiederherstellung der Maschinen hat die gestohlene Firma eine Belohnung von 1500 M. ausgesetzt.

Sachdienstliche Mitteilungen erbetten schnellstens die Kriminalabteilung zu Kr. R. XIV 9821. Leipzig, den 11. Januar 1921.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Mazzosversorgung für das Pestachseit 1921.

Zum Pestachseit 1921 werden Mazzos an die Verbraucher nur gegen beglaubigte Bestellcheine geliefert.

Zum Bezug von Mazzos sind nur Bestellcheine berechtigt, die auf den Genuß von Gehäuerten (Chomes) am Pestachseit gründlich verzichten oder der Mazzos zur Abhaltung der religiösen Sederfeier an den beiden ersten Festabenden befreit.

Die Bestellcheine sind in den bekannten Mazzos-handlungen oder beim israelitischen Gemeindeamt, Löhrstraße 10, zum Preise von 10 Pf. für das Stück zu entnehmen. Für diejenigen Personen, die sich des Genußes von Gehäuerten (Chomes) am Pestachseit vollkommen enthalten, ist der Bestellchein A. für diejenigen Personen, die der Mazzos nur zur Abhaltung der religiösen Sederfeier bedürfen, Bestellchein B zu benutzen.

Die Bestellcheine sind genau ausgefüllt und unterschrieben in den Kartenstellen Schulstraße 1, Erdgeschloß und 1. Obergeschloß, in den Geschäftsstunden von 8 bis 3 Uhr zur Beglaubigung vorzulegen. Die Haushaltsscheine und der Wohnungsmeldeschein sind hierzu mitzubringen. Der Tag, an dem die Bestellcheine zur Beglaubigung vorgelegt sind, wird nach der Nummer auf der Haushaltsscheine bestimmt. Abgefärbt werden:

1-500 Montag, den 17. Januar 1921  
501-1000 Dienstag, " 18. " 1921  
1001-1500 Mittwoch, " 19. " 1921  
1501-2000 Donnerstag, " 20. " 1921

Die Inhaber der beglaubigten Bestellcheine haben diese spätestens bis zum 21. Januar 1921

einzureichen; später eingehende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden. Die Einreichung hat entweder bei dem Wiederverkäufer, durch welchen die Mazzos bezogen werden sollen, oder beim israelitischen Gemeindeamt, Löhrstraße 10, zu erfolgen; letzteres wird etwaige Wünsche in bezug auf die Bäckerei, durch welche die Lieferung erfolgen soll, berücksichtigen. Unmittelbare Bestellung bei einer Bäckerei ist unzulässig.

Die Bestellungen laufen auf Kostenvanteil. Der Kostenvanteil auf Bestellchein A wird Ende Februar 1921 festgestellt werden, er wird voraussichtlich 3 Pfund nicht übersteigen. Auf Bestellchein B wird für die Person 1 Pfund zugestellt werden. Von den Brotmarken für die Zeit, in welche das Pestachseit fällt, wird eine Kürzung derartig erfolgen, daß je 100 g Mazzos 110 g M. berechnet werden.

Die Anzahl der abzuliefernden Brotmarken und der Tag der Ablieferung werden noch besonders bestimmt.

Ernährungsamt Leipzig, am 12. Januar 1921.  
Brennholzaabgabe im Burgauer Revier.

Sonnabend, den 15. Januar, sollen die Nummern 2001-3800 mit Brennholz beliefert werden. Bezahlung und Übergabe auf dem unweit der Leucht-Wahrenbrück gelegenen Schlage von 8-11 Uhr. Sofortige Abfuhr erforderlich.

#### Schule Markranstädt.

Am 1. April 1921 werden alle Kinder löslich, die bis dahin das 6. Lebensjahr vollendet haben, doch können auch Kinder, die bis zum 30. Juni 1921 das 6. Lebensjahr erfüllen, aufgenommen werden, wenn sie gesund und kräftig sind.

Die Anmeldung der in Markranstädt, Göhren und Quenstedt wohnhaften Kinder dieses Alters hat am 13. Januar, von 8-11 Uhr vorm. und

2-4 Uhr nachmittags und

am

# Seuilleton

Mittwoch, 12. Januar 1921

## Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

55

Es war höchst merkwürdig, derlei Dinge von Emil Forsters Lippen zu hören. Jimmie vermochte es kaum zu fassen, seine Füße suchten in einer fortgleitenden Welt nach Halt und Stütze. Die sozialistische Bewegung wird verführt, von den Militaristen überredet! Er wagte nicht, diesen Gedanken auszusprechen, meinte nur äußerst vorsichtig: „Fürchten Sie nicht, daß wir uns allzu sehr an das Kämpfen, an die Disziplin gewöhnen werden? Vielleicht wollen die Geldsäcke uns überlisten?“

„Ich weiß, auch ich habe daran gedacht, zweifellos werden sie es versuchen, verlangen aus diesem Grunde die allgemeine Dienstpflicht. Wir werden die Plutokratien befämpfen müssen, müssen es jetzt schon tun, — um klar zu machen, weshalb wir in den Krieg ziehen. Wir müssen allem Wolfe vor Augen halten, daß es der Zweck dieses Krieges ist, der ganzen Welt die Demokratie zu bringen. Sicht dieser Gedanke einmal im Volkshirn fest, so haben die Imperialisten das Spiel verloren.“

„Wenn euch das gelingt, dann natürlich . . .“ begann Jimmie zögern.

„Wir tun es jetzt schon!“ rief Emil. „Tun es tagtäglich. Denken Sie bloß an den Streik von Leesville.“

„Welchen Streik?“

„Wußten Sie nicht, daß es einen neuzeitlichen Ausstand in der Empire-Fabrik gegeben hat?“

„Nein.“

„Die Arbeiter traten in Aussicht, die Regierung sandte eine Schiedsrichterkommission und zwang beide Teile zum Nachgeben. Sie wurden mit dem alten Granith fertig, er hat den Achtstundentag eingeführt und erkennt die Gewerkschaft an.“

„Mein Gott!“ — rief Jimmie. Für die Errungenhaften hatte er in der Empire-Fabrik gekämpft und war von Lacey Granith beschimpft worden, um ihretwillen hatte man ihn ins Gefängnis geworfen, war er fast von Räubern aufgefressen worden! Und nun hatte die Regierung den Arbeitern zu diesen Rechten verholfen! Zum erstenmal in Jimmies Leben, schien ihm die Regierung etwas andres als ein Feind und Sklaven treiber zu sein.

„Wie hat Granith sich dazu gestellt?“ fragte er.

„Er nahm es furchtbar schwer; drohte, sich zurückzuziehen, die Fabrik der Regierung zu überlassen; als er jedoch bemerkte, daß die Regierung gar nichts gegen diesen Plan einzuwenden habe, gab er den Bluff auf. Und noch etwas.“ Emil griff in die Innentasche seines Rockes und zog einen Zeitungsausschnitt hervor. — Ashton Chalmers wohnte neulich einem Bankierbankett bei und hielt folgende Rede; lesen Sie.“

Jimmie las im Gehör etliche Sätze, die Emil mit Bleistift unterstrichen hatte. „Ob es uns nun behagt oder nicht, wie müssen einsehen, daß die alte Ordnung tot ist. Wir gehen einer neuen Ära entgegen, in der das Proletariat zu seinen Rechten kommen wird. Wollen wir nicht als treibende Brack auffrischeln, so müssen wir danach streben, auch unserseits den Aufbruch der neuen Ära zu beschleunigen, sonst wird ihr Kommen von Zerstörung und Blutvergießen begleitet werden.“

„Großer Gott!“ — rief Jimmie.

„Ja, Leesville ist vor Staunen umgefallen, Sie hätten die Bemerkungen der Zeitungen zu der Rede lesen sollen. Es war, als ob der Herrgott im Himmel verrückt geworden wäre, und die Priester dies in den Kirchen hätten verkünden müssen.“

Eine Idee durchzuckte des kleinen Moschinen Gehirn, er packte seinen Freund beim Arm. „Emil, erinnern Sie sich, wie Ashton Chalmers und der alte Granith zu unserer Versammlung im Opernhaus kamen?“

„Ja.“

„Vielleicht ist dies die Wirkung.“

„Das ist recht wahrscheinlich.“

„Und ich habe ihm das Billett verkauft!“

Jimmie erbebte bis zu den Zehenspitzen. Dieses ist der Lohn, der bisweilen die Seele des Propagandisten segnet; er lämpft verzweifelt, von Spott und Hohn umbrandet — und dann, jährlings wie ein Lichtstrahl, wie ihm die Erkenntnis, irgendwo, legend, wie bis zu eines andern Heiligtum gebunden zu sein, daß er einen Eindruck gemacht habe. Ashton Chalmers hatte dem sozialistischen Gegner gefallen, war heimrekehrt, hatte gelesen, studiert, hatte die Gewalt der um ökonomische Gerechtigkeit kämpfenden Weltbewegung erkannt, die Kette seiner Klasse abgeschnitten und die Barrieren durchbrochen. Als Jimmie die herzlichen Worte des Bankpräsidenten las, war er näher davon, gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen, als je zuvor in seinem Leben.

(Fortsetzung folgt.)

## Altertum und Gegenwart.

Von Konzertor Dr. Hans Lamer, Leipzig.

II.

Doch zurück zu unserem Augustusplatz. Auf der Suche nach Antiken, das da zu finden sein soll, entdecken wir die Post. Wieder lehrt uns ein Blick auf moderne europäische Sprachen, daß man sie allgemein, nicht nur in Deutschland, so nennt: englisch post, französisch postes, italienisch posta (wenn sie die Neugriechen mit einem neugeschaffenen, echt griechischen Worte tachidromion bezeichnen, so lehrt das zugleich, wohin die Fremdwörtergegner führen); denn mit diesem unverständlichen Wort sehen sie sich gewissermaßen aus dem Weltpostverkehr heraus. Was nämlich im Englischen post card, im Französischen carte postale, im Italienischen cartolina postale ist, kann man raten und leicht lernen, aber was macht man mit einem tachidromikon deltarion? Das Wort Post ist also lateinisch; es heißt eigentlich positio (statio), die fest (gelegte) (Station). Schöpfer des Postwesens sind die Perier des Altertums gewesen. Ihr Reich war so riesig, vom Hochland von Iran durch Mesopotamien bis nach dem vorderen Kleinasien und dem südlichen Ägypten — man sehe das auf der Karte; es ist ein Ziel, Welsches des Deutschen Reichs — daß es ohne gezieltes Postwesen nicht zu regieren war. Von den Periern übernahmen die Post zwar nicht die Griechen, die sie in ihrem relativ kleinen und lange von Kleinstaaten zerstreuten Lande nicht brauchten, wohl aber die Römer für ihr gewaltiges Weltreich, das sich von England bis nach Persien, von der Nehrindienlandung bis in die Sahara erstreckte; auch hier war ohne Reichspost keine Möglichkeit, von einer Zentrale, der Hauptstadt, aus Befehle einheitlich zu vermitteln. Wie wundervoll die römische Reichspost arbeitete, wie in Ägypten, das nach seiner geographischen Gestalt wesentlich nur Nord-Süd- und Süd-Nordverkehr hat, der Posthof aus beiden Richtungen täglich zweimal erschien, haben uns erste jüngste Forschungen gelehrt. Wiederum ging, was das Altertum geschaffen, in der Völkerwanderung, in Jahrhundertelangen, kulturmörderischen Kriegen zugrunde. Ganz charakteristisch ist es aber, daß die Wiederbelebung des Postwesens in Italien einsetzte, eben im eignen Römerlande, und mit bewußter Erinnerung an die altrömische Reichspost. Es war eine italienische Adelsfamilie dalla Torre, die die Neuordnung in die Hand nahm. Was sie geschaffen, übertrug ein deutscher Zweig jenes Geschlechts in unser Vaterland. Diese Familie verdeutsche auch ihren ursprünglichen italienischen Namen, nicht so, wie wir das Wort torre jetzt übersehen würden, Turm, sondern mit einer älteren deutschen Form desselben Wortes, Thurn, die man hier und da noch heute findet,

Jeder, der in seiner Jugend Briefmarken gesammelt hat, kennt die „Thurn“ (und Taxis). Die Farbe dieser Familie ist gelb. Gelb sind darum unsere Postwagen. Gelb sind aber auch die türkischen, die von Damaskus in langer, langer Fahrt durch die Syrische Wüste nach Bagdad laufen (oder liegen): nie wurde mir die große Einheitlichkeit modernen, über die Thurn und dalla Torre auf die altrömische Reichspost zurückführenden Postwagens klarer als beim Anblick jener gelben türkischen Wagen. Und wenn die Gleichheit der Farbe Zufall wäre, die der Bezeichnung der Post in den europäischen Sprachen ist es nicht: da herrscht das Latein in Dresden am Augustusplatz, in der General Post Office in London mit ihrem unglaublichen Gewimmel und ihrem Gebäudekomplex, der zu der 1825 errichteten Anlage 1870, 1890, 1910 immer neue, gewaltige Gebäude erhielt, in dem Hotel des Postes et Telegraphes in Paris, in der eleganten Hauptpost in Rom mit ihrem schönen, valmienbeschatteten Hofe. Lehrreich genug aber: es herrscht, obwohl man den lateinischen Namen Post verläßt, auch in dem schönen Tachidromion in Athen, jenem Gebäude, das lange vor dem erst längst in Istanbul errichteten Hauptpostamt den Willen der Griechen zu europäischen Reformen bewies. Denn der Postbetrieb in Griechenland war, als der türkische noch in tieferer Verlotterung stand, modern, und moderner Postbetrieb ist eben für den, der sehen kann und will, in seinen Wurzeln altrömisch.

Wir haben nun mehr unseres Blick geschärft. Wenn wir also auf unserem Augustusplatz eine Universität finden, so glauben wir jetzt nicht mehr, dieses Institut müsse eigentlich „Hochschule“ heißen, und nur der dumme deutsche Michel, der Ausländerisches so sehr bewunderte, habe für diese gute deutsche Sache einen fremden Namen erfunden. Vielmehr vermuten wir schon, die Universität werde auch in den anderen europäischen Sprachen so heißen, und das ist tatsächlich der Fall: englisch university, französisch université, italienisch università. Diese Namensgleichheit aber ist, wie wir nunmehr ohne weiteres begreifen, nicht zufällig; vielmehr beruht der lateinische Name der Universität (von latein. universus „gesamt“; eine Schule, wo man alles lernen könnte) darauf, daß Platon, ein Griech des Altertums, die Grundlage des Universitätsunterrichts schuf, und daß wir diesen durch die Vermittlung des Lateinischen als Kulturgut der heutigen Welt übernahmen. Und so in unzähligen anderen Fällen. Unseren Augustusplatz zierte das Museum. Wieder ein fremdes Wort für ein Gebäude, das Bilder doch auch deutscher Künstler birgt. Warum nicht — so fragt der deutsche Sprachverein — eine „Kunsthalle“? Aber es macht uns stutzig, daß das Museum englisch museum, französisch musée, italienisch museo heißt; schon vermuten wir, daß der fremde Name für das Gebäude in der deutschen Stadt seinen Grund hat. Die Museen waren es nach altrömischer Einschauung, die die Künste beschützten; nach ihnen nennt die heutige Welt die Kunstsammlungen. Freilich liegt hier die Sache ein klein wenig anders als in den obigen Beispielen: es ist nur der Name der Kunstsammlung antik, nicht die Sache. Denn so geschmaclos waren ja die Alten nicht, daß sie Museen gehabt hätten. Sie wußten: ein Kunstwerk ist vom Künstler dazu bestimmt, einen Raum, eine Wand zu schmücken, eine Nische zu füllen, einen Parkweg abzuschließen. Aber wir gräßlich, Bilder, die einzeln und für sich wirken sollen, nebeneinander an Scherwänden eines Museums aufzuhängen, so wie man Briefmarken auf einen Brief papp. Da erdet sich ja immer eines das andere! Was würde ein Griech des Altertums sagen, wenn er seine Bilder, seine Statuen so verschieden Statuen, deren eine im Grün eines Parks stand, eine andere in einem Rundtempel, jede ein Kunstwerk für sich — heute in Gipsabgüsse abgereicht, wahllos kleine neben großen! Unsere Museen also sind ein Notbehelf für das Studium; einen reinen ästhetischen Genuss bieten sie nicht. Demgemäß fehlten sie im Altertum; das Wort museum bedeutete früher „Forschungs-institut“. Man wählte aber für Institute zur Künste „Forschungs-institut“. Man wählt aber für Institute zur Künste „Forschung“, gerade diesen antiken Namen, weil die Kunsforschung, als sie in Europa in der Renaissance wieder erstand, sich zunächst dem Studium antiker Kunst zuwandte; die beiden kapitolinischen Museen in Rom und das vatikanische ebenso sind die ältesten Museen Europas, und sie bergen kostliche Schätze griechisch-römischer Kunst. Nach ihrem Vorbild entstanden dann das Britische Museum in London, in Frankreich in der großen Revolution das Musée du Louvre, beschämmt spät, erst im 19. Jahrhundert, dank dem Kunstsinn der Wittelsbacher, ein Museum auch in Deutschland, die Glyptothek in München. (Für sächsische Leute darf ich hier einfügen, daß die erste Antikensammlung in großem Maßstab, die überhaupt nach Deutschland kam, im Anfang des 18. Jahrhunderts nach Dresden gelangte; der damalige Kurfürst erwähnt sie vom Fürsten Chigi in Rom. In dieser Sendung befand sich auch das wertvollste Stück des heutigen Albertinums in Dresden und die kostlichsten Antiken, die es überhaupt gibt, die sogenannte Lemnia. Doch waren diese Antiken dem großen Publikum lange nicht zugänglich.)

Sehen wir uns weiter auf unserem Augustusplatz um! Ist jedem, der sich im Theater erbaut oder ergibt, bewußt, daß er diese Stunden der Erhebung oder Freude den Griechen des Altertums verdankt, und nur diesen? Schwerlich. Und doch! Sie sind es gewesen, und sie allein, die das Theaterspiel und den Theaterbau schufen und ausbildeten. Das älteste Theater der Welt steht noch heute, im ganzen wohl erhalten (im runden Formigen Saalraum; die Bühne ist sehr zerstört), in Athen am Südfuß der Akropolis. Wenn man aber auf eine Karte der heutigen Welt alle jetzt vorhandenen Theater einzeichnet und mit Verbindungslinien deren Ursprung angeben wollte, so müßten diese Linien so verlaufen: zunächst alle nach dem Parthenon eines Racine und Corneille (in Deutschland schuf uns ein eigenes deutsches Theater, aber mit bewußter Ablehnung an das altrömische Vorbild, erst Lessing, und bis dahin waren wir vom französischen Drama völlig abhängig); von Paris nach dem Rom eines Plautus, Terentius, Seneca — denn an diese, vornehmlich an Senecas Tragödien, schlossen sich die französischen Dramatiker an; von Rom aus aber würde die Linie nach Athen führen, eben in jenes Akropolistheater. Das ist die Geburtsstätte des Dramas, heilig für jeden, dem Kunst etwas bedeutet. Freilich, Gerhart Hauptmann schildert es in seinem Griechischen Frühling, wie er, ein Dichter, sinnend auf den Säulen jenes Theaters verweilt und wie die Ruhe gestört wurde durch eine deutsche Kegelgesellschaft, die eine Mittelmeertreise unternahm und auch ins Akropolistheater geführt wurde. Wohl glaublich, die suchenden Augen jener Männer, die erstaunte Frage, was denn nun eigentlich hier zu sehen sein solle: Stufen den Berg hinauf, unten Trümmer eines Hauses — weiter nichts! Was war nun eigentlich hier los, warum wurde man hierher geschickt? Ja, wer die Bedeutung der Stätte nicht kennt, der kann es ihr nicht ansehen, welcher Einfluß von dort auf die Jahrtausende nach dem 5. Jahrhundert vor Christus auf die gesamte Kulturwelt, auch auf das 20. Jahrhundert nach Christus und auf uns ausgegangen ist und ausgeht! Man muß das einmal in der Schule gelernt haben, um die Weise der Stätte zu empfinden. Nun gut. Das Gymnasium lehrt altrömische und lateinische Dramen lesen, es führt in die Dichtung der großen französischen Dramatiker ein und über Lessing zum Drama der Gegenwart; es gibt einen Überblick, und mehr als das, einen Einblick in die Theaterdichtung von zweieinhalb Jahrtausenden. Und nun sage mir einer, es sei überstürzt, antiquiert, unser Jugend jenes alten Griechisch und Latein zu lehren; ich lache ihn aus als einen Banzen. Erst durch diesen Unterricht stellen wir ja unsere Jugend auf die hohe Warte, die einen Blick über das Ganze ermöglicht; wer die Gegenwart nur von der Gegenwart aus, Deutsches nur

mit deutschem Auge betrachten will, der gleicht dem blöddäugigen Gelehrten, der die Türme des Kölner Domes mit der Lupe betrachtete.

(Schluß folgt.)

## Kleine Chronik.

Gastspiel auf Anstellung von Felix Fleischer vom Württembergischen Landestheater Stuttgart. Man kann der Leipziger Oper nur gratulieren, wenn sie wieder einmal einen erstklassigen Bariton bekommt, der sich auch für die alte Oper (Spieloper, Opera buffa) eignet. Felix Fleischer, der am Freitag als Almaviva im Figaro auf Anstellung gastierte, ist ein solcher. Sein Graf Almaviva ist langreich und tonisch in allen Lagen und sein Spiel außerordentlich plastisch und ausgeglichen. Sein Graf Almaviva, eine zweifellos nicht leichte Rolle, war kein schattenhafter Despot, wozu er nur zu leicht wird, sondern ein launischer, aber im Grunde genommen nur allzu menschlicher Fürst der Auflösungszeit, dem man es wohl glauben sollte, daß er auf sein Herrenrecht der „ersten Nacht“ verzichtet, um dann im gegebenen Fall sich doch wieder danach zu sehnen. Er war eine Freude, zu sehen, wie gut er sich auch in das Leipziger Buffo-Ensemble, das zweifellos das beste von der Leipziger Oper ist, einfügt. — Und das zweite Gastspiel als Hans Sachs in der Meistersinger-Aufführung für das Arbeiter-Bildungs-Institut zeigte den Künstler auf der Höhe. Dieser Hans Sachs war wirklich eine originelle Individualität, ganz wie das Wagner gemeint hatte. Man muß unbedingt raten, diese Kraft in Leipzig festzuhalten.

Pz.

Konzert von Toni Hesse-Meyer. Daß die Gesangsschule von Toni Hesse-Meyer mit dieser Aufführung viel Stimmung für sich gemacht hätte, könnte man nicht gerade behaupten. Alles, was geboten wurde, war unfertig und halb. Besonders der zweite Teil, betitelt „Eine Stunde bei Mozart“, in dem zu dem unreisen Singen auch noch ein ganz dilettantisches Spiel kam, stellte einige Ansprüche an die Geduld des Hörers. Aus dem Ganzen ragten nur die Recitationen des Herrn Günther Meyer hervor, die eine starke plastische Ausdruckskraft mit geschmackvollem Mahnhaften verbanden.

Pz.

Marx im Katalog. Der Verlag von Philipp Reclam jr. hat in der Weihnachtszeit einen Katalog seiner bekannten Reclam-Bücher herausgegeben, unter denen auch Karl Marx mit seinen Schriften: Lohnarbeit und Kapital, Zur Judenfrage usw. vertreten ist. Die Schriften sind ausgewählt und eingelegt von E. Drahn, dem Verwalter des Parteiarchivs der SPD. Der Reclamsche Verlag begleitet die Anzeige der Schriften mit folgender Bemerkung:

„Diese Auswahl der frühesten Schriften des sozialistischen Führers lassen erkennen, wie er seine Begriffe und Ideale wandelt, sie zu vervollkommen und durch Kompromisse und Umdeutungen werbefähiger zu gestalten sucht.“

Es dient auch für den Verlag von Philipp Reclam jr. von einigen Jahren sein, bei seiner Auflistung der Schriften die Begleitkunst von Leuten schreiben zu lassen, die etwas mehr von den Verfassern wissen, die sie empfehlen sollen.

Mitteilung der Städtischen Theater-Intendantur. Am Sonnabend, dem 15. Januar, wird unter der Leitung von Professor Otto Lohse Verdiens Maskenball neu einstudiert und in volliger Neubedeckung wieder in den Spielplan eingesetzt. Die Neubedeckung aller Rollen ist folgende: Richard: Hans Lohmann; René: Ernst Possoss; Amelia: Emmy Streng; Ulrike: Frieder Schreiber; Oskar: Claire Hansen-Schultheiss; Samuel: Otto Salzmann; Tom: Hans Müller; Silvana: Oskar Lohner; Oberrichter: Alfred Poltz. Spielleitung: Georg Marion.

Am Sonntag, dem 16. Januar, findet ein Anstellungsgastspiel, und zwar von Franz Menzer vom Apollotheater Halle, in Graf von Luxemburg als Graf Bastiel statt. — Der Spielplan wird dahin geändert.

Die Meistersinger-Aufführung für Sonntag, den 16. Januar, ist bereits ausverkauft.

„Die verbürgte Volkszeitung.“ Rudolf Franz sendet uns zu unserm Artikel vom 4. Januar eine „Richtigstellung“, der wir nachstehend hinzufügen:

Franz bezeichnet die folgende Stelle aus dem Artikel:

„Von einem freudlichen Anerbieten, auch der Kommunistischen Partei nicht beitreten zu wollen, also überhaupt nicht politisch organisiert zu sein, um so in der Redaktion der Leipziger Volkszeitung bleiben zu können, macht die Parteiteilung der USPD keinen Gebrauch.“

als unrichtig. Er habe lediglich im Oktober erklärt, daß er sich die Entscheidung, ob er in die KPD eintreten würde, vorgehalte.

Wir überlassen es unseren Lesern, zu entscheiden, ob diese Erklärung in der damaligen Situation anders aufgefaßt werden konnte, als es in dem Artikel vom 4. I. geschah. Da Franz bei den seinerzeitigen Differenzen der Redaktion mit Gehr und Böttcher sich immer ausgesprochen auf die extreme Seite gestellt und auch sonst sich als Bekannter des „schärfsten Standpunkts“ gescirtzt hatte, so gewann die Erklärung besonderes Aussehen und rechtfertigt die Darstellung unseres Artikels um so mehr.

Franz schreibt sodann noch:

„Zu den Sächsischen Artikeln bemerkte ich, daß die drei ersten sich jeder Polemik gegen den historischen Materialismus enthielten. Sie boten eine rein technische Einführung in das Bilderschaffen. Deshalb nahm ich sie an, hätte sie aber, wie stets in solchen Fällen, mit einem kritischen Vorbehalt versehen.“

Hierzu genügt wohl die nochmalige Feststellung, daß Dr. Franz über die Tendenz der Artikel mit Dr. Suhl eingehend gesprochen hat und diese Tendenz bereits im ersten Artikel zum Ausdruck kommt. Erheiternd wirkt nur noch, daß der von Dr. Suhl für seine Anschaung zitierte Lunatscharski, der Volkskommissar für Bildungswesen in Sowjet-Russland, vor Dr. Franz keine Gnade mehr findet, daß Franz vielmehr in einer Lunatscharski gleichgerichteten Kunstauffassung eine „Polemik gegen den historischen Materialismus“ erblickt.

## Eingelaufene Schriften.

Simbolissimus Nr. 41. Der Simbolissimus kostet pro Nummer 1,50 M., die Liebhaber-Ausgabe, welche auf einem Vierteljahresabonnement 35 M. Man kann ihn bestellen durch alle Buchläden und Buchhandlungen oder direkt vom Simbolissimus-Verlag G. m. b. H. u. Co. in München.

